

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt Wien 40

Stenographisches Protokoll

89. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

X. Gesetzgebungsperiode

Montag, 25. Oktober 1965

Tagesordnung

Österreichischer Nationalfeiertag

Inhalt**Nationalrat**

Trauerkundgebung aus Anlaß des Ablebens des Abgeordneten Matejcek (S. 4824)

Entschließung des Bundespräsidenten: Einberufung des Nationalrates zur Herbsttagung 1965/66 (S. 4825)

Personalien

Entschuldigungen (S. 4825)

Ordnungsruf (S. 4820)

Bundesregierung

Zuschrift des Bundeskanzlers Dr. Klaus: Entschließung des Bundespräsidenten, betreffend Amtsenthebung der Bundesregierung und Weiterbetrauung mit der Fortführung der Verwaltung (S. 4825)

Bericht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung über den Stand und die Gebarung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds im Jahre 1964 — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 4826)

Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die Tätigkeit des Ministerkomitees des Europarates im Jahre 1964 — Außenpolitischer Ausschuß (S. 4826)

Schriftliche Anfragebeantwortungen 321 bis 335 (S. 4825)

Geschäftsbehandlung

Antrag des Abgeordneten Dr. van Tongel auf Debatte zu Ausführungen des Bundeskanzlers — Ablehnung (S. 4829)

Regierungsvorlagen

885: Satzung, Vertrag und Abkommen des Weltpostvereins — Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft (S. 4825)

886: Nasse Grenzen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien — Verfassungsausschuß (S. 4825)

887: Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die gemeinsame Staatsgrenze — Verfassungsausschuß (S. 4825)

888: Außenhandelsgesetznovelle 1965 — Handelsausschuß (S. 4825)

889: Artikel III Abs. 6 des Abkommens über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung in der Fassung der Resolution Nr. 221 des Gouverneursrates vom 25. August 1965 — Finanz- und Budgetausschuß (S. 4825)

Verhandlungen

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (880 d. B.): Österreichischer Nationalfeiertag (892 d. B.)

Bundeskanzler Dr. Klaus (S. 4826)

Berichterstatte: Dr. Kranzlmayr (S. 4829)

Redner: Dr. Hurdes (S. 4830), Dr. Migsch (S. 4833), Dr. van Tongel (S. 4836), Kindl (S. 4839) und Zeillinger (S. 4841)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4846)

Eingebracht wurden**Anfragen der Abgeordneten**

Wielandner, Adam Pichler und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Verwendung der im Budget 1965 bereitgestellten Mittel für Wasserschutzbauten (319/J)

Mark, Dr. Hertha Firnberg und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Subventionierung des „Informationsdienstes für Bildungspolitik und Forschung“ (320/J)

Josef Steiner (Kärnten), Zankl, Eberhard und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Verwendung der Mittel aus dem Hochwasserschädenfonds (321/J)

Flöttl, Horr und Genossen an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, betreffend Nichtbeantwortung einer Anfrage über Empfehlungen des Wirtschaftsbeirates zur Bauwirtschaft (322/J)

Dr. Neugebauer, Konir, Horr, Anna Czerny und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Nichtbeachtung des Rechtes auf Mitwirkung der Schulbehörden des Bundes bei der Ernennung von Schulleitern (323/J)

Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend Anfragebeantwortungen des Bundesministers für Inneres auf Anfragen der Abgeordneten Dr. van Tongel und Dr. Broesigke (324/J)

Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Zeitungsinsertat in Wiener Tageszeitungen am 22. Oktober 1965 (325/J)

Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend Zeitungsinsertate in Wiener Tageszeitungen am 22. Oktober 1965 (326/J)

Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend Erhöhung der Gepäckaufbewahrungsgebühr (327/J)

Kindl, Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend das schwere Manöverunglück und den Einflug eines tschechoslowakischen Flugzeuges in das Bundesgebiet (328/J)

Preußler, Adam Pichler, Wielandner und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend Duldung politischer Aktionen im Bundesheer (329/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die **Antworten**

des Staatssekretärs im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau Dr. Kotzina auf die Anfrage der Abgeordneten Populorum und Genossen (321/A. B. zu 291/J)

des Staatssekretärs im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau Dr. Kotzina auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Weißmann und Genossen (322/A. B. zu 293/J)

des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau auf die Anfrage der Abgeordneten Müller und Genossen (323/A. B. zu 299/J)

des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kleiner und Genossen (324/A. B. zu 303/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Fiedler und Genossen (325/A. B. zu 318/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Fiedler und Genossen (326/A. B. zu 302/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Broesigke und Genossen (327/A. B. zu 284/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Horejs und Genossen (328/A. B. zu 288/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Winter und Genossen (329/A. B. zu 316/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Tončić-Sorinj und Genossen (330/A. B. zu 14/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kranzlmayr und Genossen (331/A. B. zu 232/J)

des Bundesministers für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Fiedler und Genossen (332/A. B. zu 314/J)

des Bundesministers für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Fiedler und Genossen (333/A. B. zu 313/J)

des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau auf die Anfrage der Abgeordneten Mahnert und Genossen (334/A. B. zu 301/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Griebner und Genossen (335/A. B. zu 311/J)

Beginn der Sitzung: 15 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor wenigen Wochen, am 4. Oktober 1965, ist unser Kollege Josef Matejcek nach kurzem, schwerem Leiden im 62. Lebensjahre verschieden. *(Die Anwesenden haben sich von ihren Plätzen erhoben.)*

Josef Matejcek gehörte als Abgeordneter des Wahlkreises 5, Wien-Südost, vom Jahre 1959 bis zu seinem Tode dem Nationalrat an.

Er wurde am 19. März 1904 in Wien geboren. Nach dem Besuch der Bürgerschule trat er im Jahre 1918 eine Lehrstelle als Maschinen-schlosser-Lehrling an. 1920 kam er als Oberbauarbeiter zu den Österreichischen Bundesbahnen. Frühzeitig nahm er am politischen Leben bereits regen Anteil. Schon 1920 wurde er Obmann-Stellvertreter der Ortsgruppe Hadersdorf-Weidlingau der Sozialistischen Arbeiterjugend. 1922 wurde er zum Vertrauensmann der Bahnerhaltungsbediensteten der Streckenleitung Wien-West gewählt und trat auch der damaligen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs bei. 1924 wurde er in die Reichsexekutive der Bau- und Bahnerhaltung der damaligen Eisenbahnergewerkschaft

berufen, 1933 zwangsweise pensioniert, später war er sechs Monate in Haft und wurde im Jahre 1939 wiederum in den Bahndienst eingestellt.

Gleich nach der Befreiung Österreichs im Jahre 1945 stellte er sich für den Wiederaufbau unserer geliebten Heimat zur Verfügung. Bereits 1945 zum Geschäftsführenden Obmann der Bau- und Bahnerhaltungsbediensteten gewählt, wirkte er von diesem Zeitpunkt an in verschiedenen maßgeblichen Funktionen als Interessenvertreter der Eisenbahnbediensteten, zuletzt als Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner und Obmann der Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen; bei der Internationalen Transportarbeiterföderation war er Exekutivmitglied.

Im Nationalrat widmete sich Matejcek in erster Linie den verkehrspolitischen Problemen und bekleidete auch seit dem 26. Mai 1965 die Stelle eines Obmannes des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft. Ferner gehörte er dem Hauptausschuß, dem Ständigen Unterausschuß des Hauptausschusses, dem Landesverteidigungsausschuß, dem Ausschuß für soziale Verwaltung, dem Verfassungsausschuß und dem Zollausschuß an.

Der Nationalrat hat durch das Ableben des Kollegen Matejcek einen schweren Verlust zu

Präsident

beklagen. Der Verstorbene genoß allgemeine Sympathien ohne Unterschied der Parteirichtung.

Die Wertschätzung, die dem Verewigten von allen jenen, die Gelegenheit hatten, ihn näher kennenzulernen, entgegengebracht wurde, beruhte auf seiner lebenswürdigen und konzipianten Art, die er — als überzeugter Sozialist — auch Andersdenkenden entgegenbrachte. Er war uns allen ein lieber, herzensguter Kollege, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Sie haben sich, sehr verehrte Damen und Herren, zum Zeichen der Trauer von Ihren Sitzen erhoben. Ich darf daher auch Ihr Einverständnis annehmen, daß diese Trauerkundgebung dem Protokoll der heutigen Sitzung einverleibt wird. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschließung vom 12. Oktober 1965 gemäß Artikel 28 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 den Nationalrat für den 18. Oktober 1965 zur Herbsttagung 1965/66 der X. Gesetzgebungsperiode einberufen. Auf Grund dieser Entschließung habe ich die heutige Sitzung anberaumt.

Ich begrüße alle erschienenen Damen und Herren Abgeordneten auf das herzlichste.

Die amtlichen Protokolle der 87. und 88. Sitzung des Nationalrates vom 21. September 1965 sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dipl.-Ing. Fink, Dr. Gorbach, Gabriele, Staudinger, Leisser, Hermann Gruber, Dipl.-Ing. Hämmerle, Dr. Weißmann, Vollmann, Skritek, Hoffmann, Horr und Dr. Tull.

Seit der letzten Haussitzung sind 15 Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Antragstellern übermittelt wurden. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich bitte den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Fiedler, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dr. Fiedler: Vom Herrn Bundeskanzler ist unter der Zahl 9882 nachstehendes Schreiben vom 25. Oktober an den Herrn Präsidenten des Nationalrates eingelangt:

„Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschließung vom 25. Oktober 1965 über meinen Wunsch mich gemäß Artikel 74 Abs. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mit heutigem Tage von meinem Amte erhoben hat.

Gleichzeitig hat er mich gemäß Artikel 71 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mit der Fortführung der Verwaltung des bisher innegehabten Amtes und mit dem Vorsitz in der Bundesregierung bis zur Bestellung des neuen Bundeskanzlers betraut.

Ferner hat er auf meinen Vorschlag gemäß Artikel 70 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 78 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 ernannt: die Abgeordneten zum Nationalrat Franz Soronics, Dr. Franz Hetzenauer, Eduard Weikhart und Dr. Vinzenz Kotzina, den Abgeordneten zum Niederösterreichischen Landtag Otto Rösch sowie den a. o. Gesandten und bev. Minister Dr. Carl H. Bobleter zu Staatssekretären und zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung den Abgeordneten zum Nationalrat Franz Soronics dem mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Bundesminister für Inneres, den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Franz Hetzenauer dem mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Bundesminister für Justiz, den Abgeordneten zum Nationalrat Eduard Weikhart sowie den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Vinzenz Kotzina dem mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, den Abgeordneten zum Niederösterreichischen Landtag Otto Rösch dem mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Bundesminister für Landesverteidigung und den a. o. Gesandten und bev. Minister Dr. Carl H. Bobleter dem mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten beigegeben.“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, in der Verlesung des Einlaufes fortzufahren.

Schriftführer Dr. Fiedler: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Die Satzung, der Vertrag und die Abkommen des Weltpostvereins (885 der Beilagen);

Bundesverfassungsgesetz über die nassen Grenzen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (886 der Beilagen);

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die gemeinsame Staatsgrenze (887 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Außenhandelsgesetz neuerlich abgeändert wird (Außenhandelsgesetznovelle 1965) (888 der Beilagen);

Artikel III Abs. 6 des Abkommens über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung in der Fassung der Resolution Nr. 221 des Gouverneursrates vom 25. August 1965 (889 der Beilagen).

Schriftführer Dr. Fiedler

Ferner sind eingelangt:

Bericht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung über den Stand und die Gebarung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds im Jahre 1964;

Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die Tätigkeit des Ministerkomitees des Europarates im Jahre 1964.

Es werden zugewiesen:

885 dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft;

886 und 887 dem Verfassungsausschuß;

888 dem Handelsausschuß;

889 dem Finanz- und Budgetausschuß;

der Bericht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

der Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten dem Außenpolitischen Ausschuß.

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (880 der Beilagen): Bundesgesetz über den österreichischen Nationalfeiertag (892 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum einzigen Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage: Bundesgesetz über den österreichischen Nationalfeiertag.

Bevor ich dem Berichterstatte, Herrn Abgeordneten Dr. Kranzlmayr, das Wort gebe, erteile ich zunächst dem Herrn Bundeskanzler, der namens der Bundesregierung eine Erklärung abgeben wird, das Wort.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Hohes Haus! Heute um 12 Uhr hat der Herr Bundespräsident die Bundesregierung auf ihr Ersuchen gemäß Artikel 74 Abs. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes vom Amte enthoben. Bis zur Bildung der neuen Bundesregierung wurden gemäß Artikel 71 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Mitglieder der scheidenden Regierung mit der Fortführung der Verwaltung und ich mit dem Vorsitz in der einstweiligen Bundesregierung betraut. Zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung wurden die bisherigen Staatssekretäre ihren Bundesministern neuerlich beigegeben.

Hohes Haus! Es ist jetzt nicht die Stunde, diesen Vorgang, der in einer parlamentarischen Demokratie nichts Außergewöhnliches an sich hat, eingehend zu erörtern. (*Abg. Zeillinger: Doch! Doch! — Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ich will auch den Ernst der innenpolitischen Situation (*Abg. Zeillinger: Es*

gibt keine Demokratie, wo es so zugeht wie bei uns hier in Österreich! Die Regierung hat versagt, nicht das Parlament! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen) nicht verkleinern und nicht unterschätzen. Die amtsführende Bundesregierung wird bemüht sein, ihren Verpflichtungen (*Abg. Dr. Kos: So wie bisher — einen Dreck leisten! — Gegenrufe bei der ÖVP*) und ihrer Verantwortung gegenüber der Bundesverfassung, gegenüber dem Bundespräsidenten und gegenüber dem Hohen Hause ... (*Abg. Zeillinger: Entweder ist jetzt der 1. Punkt der Tagesordnung daran, oder was haben wir, Herr Präsident? — Ruf bei der FPÖ: Zur Sache!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, den Herrn Bundeskanzler nicht zu unterbrechen. (*Abg. Zeillinger: Auch der Herr Bundeskanzler muß zur Sache sprechen!*) Der Herr Bundeskanzler ist in seinem Wort völlig frei. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der FPÖ. — Abg. Dr. Kos: Ihr rennt vor der Verantwortung davon!*)

Ich bitte, den Herrn Bundeskanzler nicht zu unterbrechen. Der Herr Bundeskanzler gibt eine Regierungserklärung ab, in deren Ausgestaltung die Regierung vollkommen frei ist. Bitte, Herr Kanzler. (*Abg. Zeillinger: Der Herr Präsident hat gesagt: „Wir kommen zum ersten Punkt der Tagesordnung“! — Abg. Glaser: „Bevor“ hat er gesagt!*) Bitte, Herr Bundeskanzler! (*Abg. Zeillinger: Zur Geschäftsordnung!*)

Bundeskanzler Dr. Klaus (*den unterbrochenen Satz nochmals beginnend*): Die amtsführende Bundesregierung wird bemüht sein, ihren Verpflichtungen und ihrer Verantwortung gegenüber der Bundesverfassung, gegenüber dem Bundespräsidenten und gegenüber diesem Hohen Hause mit höchster Verfassungs- und Gesetzestreue gerecht zu werden. Aber wir dürfen in der eingetretenen Regierungskrise nicht eine Staatskrise sehen.

Wir haben uns zusammengefunden, um der Republik Österreich einen Nationalfeiertag zu geben, der ebenso wie unsere Republik alle, die heute im Staate Verantwortung tragen, überdauern wird.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Frauen und Herren Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat, legt die amtsführende Bundesregierung dem Nationalrat am Vorabend eines denkwürdigen Tages der neueren österreichischen Geschichte, nämlich am Vorabend des Tages, an dem wir vor zehn Jahren die immerwährende Neutralität feierlich beschlossen und promulgiert haben, eine Regierungsvorlage, betreffend ein Bundesgesetz über den österreichischen Nationalfeiertag, vor.

Die Erläuternden Bemerkungen geben hiezu eine in das nüchterne Gewand der Gesetzes-

Bundeskanzler Dr. Klaus

und Verwaltungssprache gekleidete Erklärung, die lautet:

„Zweck des vorliegenden Bundesgesetzes ist es, den 26. Oktober, der schon bisher als Tag der Fahne feierlich begangen wurde, mit normativ-verbindlicher Wirksamkeit zum österreichischen Nationalfeiertag zu erklären.“

Es ziemt sich aber, wie mir scheint, zum heutigen Anlaß nicht nur mit Worten des nüchternen Verstandes, sondern auch mit dem Herzen zu reden. Der Initiative junger Österreicher ist es seinerzeit entsprungen, den Tag der Fahne zu begehen. Die rot-weiß-rote Fahne als Respekt erheischendes Symbol der Republik sollte, so glauben wir die Gedanken dieser jungen Menschen deuten zu können, an diesem Tage Abzeichen und Embleme anderer Gemeinschaften in den Hintergrund treten lassen und die Einheit aller Österreicher bei aller Verschiedenheit des politischen, weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnisses symbolisieren. Ein schöner Gedanke — gewiß. Aber die Fahne ist eben nur Symbol, äußeres Zeichen, augenfälliges Sinnbild für Tieferes: für eine Idee — die österreichische Idee.

Was wir heute beschließen, ist zunächst ein formaler Akt: die Schaffung eines österreichischen Nationalfeiertags in der Form, die Recht und Gesetz vorschreiben. Aber den staatstragenden Kräften in unserem Lande — dem Nationalrat, dem Bundesrat, der Bundesregierung, den Ländern und Gemeinden, den politischen Parteien, den Sozialpartnern, den Kammern und Verbänden, den Religionsgemeinschaften, den Lehrern an den Schulen, den Eltern —, ihnen kommt es zu, auch dieses nunmehr neugeschaffene Symbol, den Nationalfeiertag, mit Inhalt zu erfüllen, ihm Sinn zu geben, die hinter dem Symbol stehende tragende Idee sichtbar werden zu lassen.

Was ist das Volk, das österreichische Volk? Gewiß mehr als die Summe aller Staatsbürger. Was ist der Staat, der österreichische Staat? Gewiß mehr als die Summe aller Bundesländer. Ich glaube, wir können heute die Antwort geben auf die Frage, was uns allen Österreich bedeutet.

Der junge Österreicher von heute erwartet von uns nicht nur Chancen zum Erwerb von Bildung und Wissen, nicht nur die Sicherung beruflicher und wirtschaftlicher Existenz, nicht nur Möglichkeiten zu sozialem Fortschritt und Aufstieg. Der junge Mensch erwartet, wenn er das Elternhaus verläßt und in das Leben eintritt, vor allem auch ideelle Leitbilder — ein österreichisches Staatsbewußtsein, eine österreichische Idee, den Glauben an die Sendung Österreichs in der Welt von heute. Dazu gehören auch einige fundamentale Werte, die alle unterschreiben können,

gleichgültig aus welchem politischen oder weltanschaulichen Lager der einzelne auch kommen mag.

Erlauben Sie aber vorerst ein offenes Wort: Der österreichische Nationalfeiertag sollte nicht nur die Österreicher aller Gesinnungen, sondern auch die Österreicher aller Generationen in einem erneuerten österreichischen Vaterlandsbewußtsein vereinen. In einem Buch über Österreich ist der Satz zu lesen: „So viele Lager, so viele Geschichtsbilder, so viele Österreicher.“ Nicht kürzer, nicht treffender kann die Tragik der österreichischen Entwicklung in unserem Jahrhundert umschrieben, nicht einleuchtender die Ursache dafür dargestellt werden, weshalb wir immerhin zwanzig Jahre brauchten, um einen Tag aus der an Denkwürdigkeiten so reichen österreichischen Geschichte herauszufinden, auf den sich alle einigen können.

Wenn wir also, wie ich sagte, der Jugend Österreichs ein Leitbild geben wollen, dann ist es endlich auch an der Zeit, daß die Alten die eigene Vergangenheit bewältigen.

Wir Älteren sollten den Geist, der in der gemeinsamen Feier vom 12. Februar 1964 zum Ausdruck gekommen ist, nicht verlöschen lassen. Der Weg der Versöhnung ist freilich nicht eine Einbahnstraße. Es gibt auch andere Ereignisse und Daten in der österreichischen Geschichte, die einmal von diesen, einmal von jenen Österreichern als eine Hypothek empfunden werden. Wir sind es den jungen Österreichern, die für die tragischen Irrwege ihrer Väter keine Verantwortung tragen, schuldig, endlich den Schlußstrich ohne Hintergedanken und ohne Mentalreservationen ein für allemal zu ziehen.

Der 26. Oktober 1955 ist ein bedeutungsvoller Tag der österreichischen Geschichte. Er eignet sich als Nationalfeiertag, so heißt es in den Erläuternden Bemerkungen zur Regierungsvorlage, „weil er der Gedenktag der ersten feierlichen Äußerung des Unabhängigkeitswillens der Republik Österreich nach Wiedererlangung ihrer vollen Souveränität und der Erklärung der immerwährenden Neutralität Österreichs ist“.

Hier liegt ein allgemein gültiges, allgemein anerkanntes Leitbild für alle Österreicher, hier die Wurzeln für ein neues Vaterlandsgefühl: Dieses Österreich ist nicht ein Staat wider Willen, sondern die von allen Österreichern bejahte und gewollte Republik!

Wir bejahen heute die Selbständigkeit Österreichs ohne Einschränkung. Das ist der letzte Sinn, das ist der Zweck der österreichischen Neutralität. Sie ist das unserer politischen, geographischen und historischen Lage angemessene Mittel zur Wahrung und

Bundeskanzler Dr. Klaus

Behauptung unserer Unabhängigkeit. Ich habe bereits beim Festakt im Belvedere am 15. Mai dieses Jahres festgestellt: „Die Politik der immerwährenden Neutralität ist kein variabler Faktor unserer Außenpolitik, sondern ein von uns allen anerkannter Grundsatz, der den Schwankungen der Tagespolitik und dem innerpolitischen Meinungsstreit der Parteien entrückt ist. Sie ist eine Grundmaxime unserer Außenpolitik, die auch künftige Generationen österreichischer Politiker verpflichtet.“

Durch die Schaffung des österreichischen Nationalfeiertages, so sagte ich bereits, wollen wir nicht nur einen formalen Akt setzen, sondern diesem Tag auch Sinn und Inhalt geben. Ich kann nur wiederholen und unterstreichen, was ich im Belvedere bereits sagte: „Hier wurde eine die österreichische Staatsidee der Gegenwart und Zukunft formende österreichische Tradition begründet.“

Es liegt mir sehr am Herzen, zu unterstreichen, daß wir Österreicher in diesem starken Bekenntnis zur österreichischen Eigenstaatlichkeit keineswegs in den Nationalismus des 19. Jahrhunderts zurückfallen wollen. In einem Augenblick, da die Welt immer kleiner wird, die Grenzen zwischen den Staaten immer fragwürdiger, die Interdependenz der Völker immer größer, wird der Nationalstaatsgedanke endgültig zu einem Relikt der Geschichte.

Vom Sinn der jüngsten Geschichte her bedeutet die Neutralitätserklärung den Endpunkt einer folgerichtigen, völker- und staatsrechtlichen Entwicklung unseres Landes, die mit der Zerschlagung der großen österreichisch-ungarischen Monarchie ausgelöst wurde. Das Neutralitätsstatut schafft den Österreichern in Europa wieder festen Boden unter den Füßen, nach all den Schwankungen, die wir als Umstellungs- und Anpassungsschwierigkeiten eines an den Großraum gewohnten Volkes auf die Dimension des kleinen Staates von heute erkennen. Wir sehen daher in dem Dokument, das in diesem Hohen Hause vor zehn Jahren beschlossen wurde, letztlich die Ratifizierung der geschichtlichen Entscheidung des Jahres 1918, gleichzeitig aber die Gründungsurkunde für ein neueres und glücklicheres Österreich.

Hohes Haus! In der Ersten Republik ist viel an der Lebensfähigkeit Österreichs gezweifelt worden. Deshalb möchte ich, weil ich von den Leitbildern für eine junge österreichische Generation sprach, dieses hinzufügen: Es soll in diesem Lande nie vergessen werden, daß die Periode von 1945, vom Jahre Null der neuen Existenz, bis zum Jahre 1955, dem Jahre der Freiheit, dem mühevollen Aufbau eines vollkommen darniederliegenden

Landes gewidmet war, einem Wiederaufbau, der in Teilen des Bundesgebiets mit besonderen Leiden, Opfern und Schwierigkeiten für die Menschen und für die Wirtschaft verbunden gewesen ist. Wir wollen die Namen Renner und Figl, Kunschak und Körner, Schärf und Raab, um einige für viele zu nennen, in der Erinnerung behalten als die Namen mutiger Baumeister des neuen Österreich. Wir wollen auch an die vielen anderen, ja an alle Österreicher denken, die dieser Zeit durch ihre Arbeit das Gepräge gaben. Wir wollen das Beispiel ihres schöpferischen Leistungswillens, ihrer Genügsamkeit, ihrer Opfer und Verantwortungsbereitschaft nicht vergessen.

Auch das gehört zu den Leitbildern, die uns in Hinkunft beseelen sollen: das gelebte Beispiel eines ganzen Volkes, durch das es vor der Geschichte den Beweis erbracht hat, daß Arbeit und Fleiß, Mühe und Opfer erst Freiheit und Wohlstand schaffen. Einen überzeugenderen Beweis der Lebensfähigkeit hat kaum je ein Land erbracht, dem diese Lebensfähigkeit so restlos abgesprochen worden war.

So möge der österreichische Nationalfeiertag auch für die jungen Österreicher zu einem Tag werden, an dem sie fragen, was sie für dieses Land tun, was sie für dieses Land leisten können. Möge es zu einer Tradition dieses Tages werden, Rechenschaft über Geleistetes zu geben, möge der österreichische Nationalfeiertag aber auch für die jungen Kräfte dieses Landes Anlaß sein, sich hohe und große Ziele zu setzen.

Es ist eine glückliche Wendung für unser Volk, daß die Österreicher die politische und wirtschaftliche Lebensfähigkeit dieses Staates nicht mehr in Zweifel ziehen. Die Strahlungskraft der österreichischen Kultur ist uns aber über politische Brüche und wirtschaftliche Notzeiten hinweg immer erhalten geblieben. Diese Strahlungskraft wird sich in einem Staatswesen, das wieder zu sich selbst gefunden hat, gewiß vervielfachen. Hier liegen die spezifischen Talente des österreichischen Volkes, hier seine besonderen Entfaltungsmöglichkeiten. Im schöpferischen Österreich, in seinen Musikern, seinen Dichtern, seinen Künstlern verwirklicht der Österreicher für die übrige Welt am sinnfälligsten seine nationale Eigenart, in diesen den Künsten und dem Musischen zugewandten Bereichen findet der österreichische Nationalcharakter seine lauterste Ausprägung. Auch darin liegt schließlich ein Leitbild für die jungen Österreicher: die reichen Talente, die ererbten Gaben in die Zukunft fortzutragen.

Wenn schließlich die österreichische Bundesregierung im Einvernehmen mit den Sozialpartnern und Interessenvertretungen diesen

Bundeskanzler Dr. Klaus

Tag als nicht arbeitsfreien Tag zu feiern vorschlägt, dann möge uns der Gedanke leiten, daß nicht im materiellen Vorteil, sondern im ideellen Gewinn die Bedeutung des österreichischen Nationalfeiertages zu suchen ist.

Namens der amtsführenden Bundesregierung bitte ich Sie, gewählte Abgeordnete zum österreichischen Nationalrat, der Regierungsvorlage über den österreichischen Nationalfeiertag Ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Präsident: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler.

Der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel hat sich zur formellen Geschäftsbehandlung gemeldet. Wenn er diesen Antrag aufrechterhält *(Abg. Dr. van Tongel: Jawohl!)* und wenn damit kein Antrag verbunden ist, werde ich ihm gemäß § 52 Abs. 2 das Wort am Schluß erteilen.

Abgeordneter Dr. van **Tongel** (FPÖ): Ich wünsche einen Antrag zu stellen.

Präsident: Bitte. Somit erteile ich Ihnen das Wort.

Abgeordneter Dr. van **Tongel:** Meine Wortmeldung erfolgt gemäß § 52 der Geschäftsordnung. Ich werde einen Antrag stellen und muß diesem Antrag einige Worte der Begründung beifügen, weil er sonst nicht verstanden werden könnte.

Der Herr Bundeskanzler hat sich ... *(Anhaltende Zwischenrufe: Gehen Sie zum Mikrophon!)* Es heißt in der Geschäftsordnung, die Sie bitte nachlesen wollen, daß der Redner vom Platze aus spricht. Ich halte mich an die Geschäftsordnung. *(Ruf: Dort ist Ihr Mikrophon!)* Das ist mein Platz hier, und ich werde so deutlich reden, daß ich auch ganz hinten verstanden werde.

Ich wiederhole, meine Damen und Herren: Der Herr Bundeskanzler hat sich zum Punkt 1 der Tagesordnung zum Wort gemeldet und hat eine Erklärung namens der Gesamtregierung abgegeben. Nach § 45 der Geschäftsordnung eröffnet der Berichterstatter die Debatte.

Ich habe an sich gegen den Vorgang keine Einwendung, aber nachdem der Herr Bundeskanzler sich im ersten Teil seiner Ausführungen mit den jüngsten innenpolitischen Ereignissen beschäftigt hat — er hat allerdings dann zensurierend beigefügt, es sei gegenwärtig nicht der Zeitpunkt, darüber zu reden —, stelle ich nunmehr den Antrag, in der kommenden Debatte zu Punkt 1 der Tagesordnung auch Ausführungen zum ersten Teil der abgegebenen Regierungserklärung zuzulassen.

Präsident: Ich stelle dazu fest, daß gemäß § 31 der Geschäftsordnung Mitglieder der Bundesregierung auf ihr Verlangen jedesmal

gehört werden müssen, sodaß also auch der Herr Bundeskanzler vor dem Berichterstatter sprechen konnte. *(Abg. Dr. van Tongel: Das ist aber unüblich!)* Darüber habe ich nicht zu entscheiden.

Ich lasse über den Antrag van Tongel abstimmen. Wer für den Antrag Dr. van Tongel ist, bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt. *(Abg. Dr. Kos: Parlamentarische Sitten!)* Daher wird bei der Debatte über den Nationalfeiertag ... *(Abg. Zeillinger: Wenn es nicht zur Sache gehört hat, so hätten Sie dem Herrn Bundeskanzler das Wort entziehen müssen! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Zeillinger: Seit wann hat der Bundeskanzler mehr Rechte als ein Abgeordneter? — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Andauernde Zwischenrufe. — Abg. Zeillinger: Das steht nirgends in der Geschäftsordnung! Wo steht das, Herr Präsident? — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.)*

Vielleicht darf in diesem Haus auch einmal der Präsident sprechen. Ich bitte sich zu beruhigen. *(Anhaltende Zwischenrufe.)* Herr Abgeordneter, bitte sich zu beruhigen!

Ich hätte ohne diesen abgelehnten Antrag gemäß der bisherigen Übung in der Debatte über den Nationalfeiertag sicherlich die Geschäftsordnung sehr elastisch gehandhabt.

Ich erteile nun dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. Kranzlmayr, das Wort.

Berichterstatter Dr. **Kranzlmayr:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der morgige Tag, der 26. Oktober, ist vor zehn Jahren in zweifacher Hinsicht in die Geschichte der Republik eingegangen, einerseits als der Tag, an dem die letzten Besatzungstruppen das Gebiet der Republik Österreich verlassen haben und damit die uneingeschränkte Freiheit Österreichs im vollen Ausmaß wiederhergestellt wurde, andererseits als der Tag der Beschlußfassung über das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs, in dem Österreich seinen Willen erklärt, für alle Zeiten seine Unabhängigkeit und Neutralität zu wahren.

Eingedenk dieser Tatsachen und um gleichzeitig die in einem Staatswesen zum Ausdruck kommende enge Zusammengehörigkeit von Staatsbürgern und Staat in besonderer Weise zu betonen, wird mit der im Ausschuß beratenen Regierungsvorlage vorgeschlagen, den 26. Oktober, der schon bisher als „Tag der Fahne“ begangen wurde, zum österreichischen Nationalfeiertag zu erklären.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 20. Oktober 1965 der Vorberatung unterzogen, wobei sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Doktor

Dr. Kranzlmayr

Hauser, Mark, Dr. van Tongel, Dr. Hurdes sowie Bundeskanzler Dr. Klaus an der Debatte beteiligten.

Der Gesetzentwurf wurde mit der Abänderung im Artikel II Abs. 2, der nunmehr lautet: „Die bundesgesetzlichen Bestimmungen über die Feiertagsruhe gelten für diesen Tag nicht“, und mit der Einfügung von Absatz 1 in Artikel III, nämlich: „Dieses Bundesgesetz tritt am 26. Oktober 1965 in Kraft“, angenommen.

Namens des Verfassungsausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (880 der Beilagen) mit den bekanntgegebenen Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich bitte, Herr Präsident, General- und Spezialdebatte in einem vorzunehmen.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen. — Ein Einwand dagegen wird nicht erhoben. Wir gehen somit in die Debatte ein.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Hurdes. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Hurdes** (ÖVP): Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Ich möchte an die Spitze meiner Ausführungen die Tatsache stellen, daß sich das österreichische Nationalbewußtsein von der Ersten Republik zur Zweiten Republik wesentlich geändert hat. Ich glaube, daß man das am deutlichsten darlegen kann, indem man den Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung vom 12. November 1918 und die Proklamation der politischen Parteien vom 27. April 1945, die als die Gründungsurkunde der Zweiten Republik zu betrachten ist, einander gegenüberstellt.

Zunächst der Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung vom 12. November 1918. Er bestimmt im wesentlichen: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.“ Dieser Beschluß ist vielleicht aus der Situation nach dem Zusammenbruch am Ende des ersten Weltkrieges zu verstehen. Das große Reich Österreich-Ungarn war aufgelöst, die deutschsprechenden Abgeordneten waren die einzigen, die in diesem Haus zurückgeblieben sind, die wirtschaftliche Einheit dieses großen Reiches war zerschlagen. Man erklärte immer mehr, daß dieses Land, daß dieser Staat keine Lebensvoraussetzungen habe. Es war ein Schlagwort der Ersten Republik: „Dieses Land ist nicht lebensfähig.“ Es wurde immer deutlicher manifestiert, daß an dieser Behauptung etwas daran sei, besonders als die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre ausbrach.

Wir müssen auch verstehen, daß die Schwierigkeiten in der Ersten Republik zu den verschiedenen politischen Kämpfen dieser Zeit und schließlich, wie wir alle wissen, bis zum Bürgerkrieg geführt haben. Wie richtig ist doch das Wort, das einmal einer gesprochen hat: „In diesem Staate und in diesem Lande waren die Demokraten keine Patrioten und die Patrioten keine Demokraten.“ Es galt nicht allgemein, wie alle diese Worte, aber es ist sehr viel Wahres daran. Und am Ende dieser Zeit standen das Jahr 1938, das zunächst das Ende Österreichs brachte, und das Jahr 1939, der Beginn des zweiten Weltkrieges. Diese Periode endete mit Not, mit Elend, mit Vernichtung und mit dem Tod.

Was sagt die Proklamation der politischen Parteien vom 27. April 1945, die sogenannte Unabhängigkeitserklärung, gegenübergestellt der Formulierung, die ich schon erwähnt habe und die von Deutschösterreich als einem Bestandteil des Deutschen Reiches spricht?

In dieser Unabhängigkeitserklärung heißt es im Artikel I:

„Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.“

Der Artikel II besagt:

„Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volke aufgezwungene Anschluß ist null und nichtig.“

Die Österreicher wurden in den Jahren, in denen selbst der Name Österreich verboten war, zu österreichischen Patrioten. Um diese Entwicklung richtig zu verstehen, möchte ich kurz aus zwei Büchern zitieren. Das eine ist das Buch von Dr. Adolf Schärf, das den Titel „Österreichs Erneuerung“ führt und im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschienen ist. Auf Seite 20 dieses Buches nimmt Dr. Adolf Schärf auf eine Besprechung Bezug, die er, wie auch unsere christliche Gruppe, des öfteren mit Leuten des deutschen Widerstandes hatte. Er zitiert hier ein Gespräch mit dem sozialistischen Gewerkschafter Wilhelm Leuschner, der auch mit uns verhandelt hat und den wir, wie ich hier bemerken möchte, zu Schärf geschickt haben, weil wir wußten, daß Schärf damals schon als Exponent der Sozialisten in Österreich gegolten hat, und weil wir haben wollten, daß der begreifliche Wunsch des sozialistischen Gewerkschafters Wilhelm Leuschner erfüllt wird, auch mit einem Sozialisten zu sprechen.

In diesem Buch heißt es auf Seite 20 über diese Unterredung:

„Leuschner entwickelte nun im einzelnen seine Ideen. Unsere Unterhaltung dauerte etwa drei Stunden. Ich fühlte mich aus der Gegenwart in die Zukunft versetzt, sosehr

Dr. Hurdes

packte mich seine Darstellung, der ich stumm und aufmerksam lauschte. Plötzlich unterbrach ich ihn. Ich verhehle es auch heute nicht: Seitdem ich die Geistesschätze des deutschen Volkes kennen- und liebgelernt habe, habe ich immer geträumt, meine geistige Heimat wäre nicht Österreich, sondern Weimar. Aber während des Gespräches kam es mir wie eine Erleuchtung. Gerade die Darstellung der Lage durch Leuschner ließ mich plötzlich erkennen, was sich geändert hatte.

Ich unterbrach meinen Besucher unvermittelt und sagte: „Der Anschluß ist tot. Die Liebe zum Deutschen Reich ist den Österreichern ausgetrieben worden. Ich kenne von meinem Beruf her manche Frau und manchen Mann, die aus Deutschland nach Wien gekommen sind und die ich schätzengeliebt habe, ich sehe aber den Tag vor meinen Augen, an dem die Reichsdeutschen aus Österreich vertrieben werden wie einst die Juden.“ Während ich diese Worte sagte, hatte ich das Gefühl, als ob nicht ich, nicht meine Stimme spräche, sondern ein anderer Mensch, eine andere Stimme in mir.“

Der Vollständigkeit halber möchte ich noch einen Absatz verlesen, der sich mit meiner Person beschäftigt, weil eine Richtigstellung notwendig ist. Schärf, der mir dieses Original, das ich vor mir habe, eigenhändig mit den Worten: „In Erinnerung an schwere Zeiten, die wir gemeinsam durchgemacht haben“, gewidmet hat, schreibt auf Seite 21:

„Einige Tage nach jenem ersten Gespräch mit Leuschner besuchte mich Dr. Hurdes; er war Angestellter einer Wiener Baufirma“ — ich konnte ja meinen Beruf natürlich nicht ausüben — „und er hatte sie“ — die Baufirma nämlich — „um mit mir in harmloser Weise in Verbindung zu kommen, veranlaßt, mir ihre Vertretung in einem Prozeß zu übertragen. Er kam auf mein Gespräch mit Leuschner zurück“ — selbstverständlich, wir haben ja Leuschner mit Schärf in Verbindung gebracht — „und auch er war enttäuscht, als ich ihm sagte, daß die Sozialdemokraten in Österreich nicht mehr daran dächten, den Anschluß aufrechtzuerhalten.“

Ich muß hier eindeutig feststellen, daß ich Herrn Vizkanzler Dr. Schärf damals erklärte: Verehrter Herr Dr. Schärf — wir waren miteinander per du —, du hättest schreiben müssen: Ich war erfreut über diese Wandlung, die sich da vollzogen hat, oder zumindest: Ich war überrascht, weil ich sie das erste Mal mit dieser Eindeutigkeit gehört habe. Aber sie symbolisiert den Unterschied des Nationalbewußtseins der Österreicher der Ersten und der Zweiten Republik.

Darf ich auch noch zwei kurze Stellen aus dem Buch meines Freundes Lois Weinberger ver-

lesen, der sich mit mir in unserem Lager bemüht hat, Vorkehrungen für die Zeit zu treffen, wenn es wieder ein freies, selbständiges Österreich gibt. Ich habe schon erwähnt, daß wir über meine Person mit Dr. Schärf in Verbindung waren und daß die Leute aus dem Deutschen Reich vor allem zu Weinberger kamen, der als einstiger christlicher Gewerkschafter die Verbindung vor allem mit Jakob Kaiser, der dann eine große Rolle gespielt hat, in der Folge auch am 20. Juli, mit Dr. Karl Goerdeler und mit Wilhelm Leuschner hatte.

Ich zitiere hier aus dem Buch von Lois Weinberger, zu dem ich ein Vorwort geschrieben habe: „Tatsachen, Begegnungen und Gespräche“. Das Buch ist im Österreichischen Verlag 1948 erschienen. Hier berichtet Lois Weinberger über eine Besprechung, die wir in seiner Wohnung hatten. Es waren das lauter tödliche Zusammenkünfte, das möchte ich sagen; heute redet man darüber sehr leicht. Damals waren Jakob Kaiser und Goerdeler und von unserer Seite Weinberger, der christliche Gewerkschafter Troidl und ich dort. Das war übrigens die einzige Zusammenkunft, wo wir es wagten, in einem so großen Kreis zusammenzukommen.

In diesem Buch heißt es auf Seite 124:

„Jakob Kaiser, Goerdeler und Leuschner, einmal auch Max Habermann“ — das war auch ein Gewerkschafter — „versuchten natürlich, auch mich und meine Freunde dazubringen, ihrem Deutschland, dem neuen, dem menschlichen Reiche der Deutschen treu zu bleiben oder doch in engster Verbindung mit ihm zu marschieren. Wir aber ließen, bei aller Achtung und Anerkennung ihres Wollens und bei aller Einsicht in die Richtigkeit sehr vieler ihrer Argumente, nicht eine Sekunde lang einen Zweifel darüber, daß wir das nicht könnten und daß wir Österreich wollten, nichts anderes als ein freies, unabhängiges, auch ein von Deutschland unabhängiges, wirklich selbständiges Österreich. Ich weiß und werde es bei der Begegnung mit Dr. Goerdeler noch deutlich machen, daß ihnen diese unsere unbeugsam entschlossene Haltung leid war, vielleicht sogar weh getan hat.“

Ich möchte noch kurz diese Stelle verlesen, in der Weinberger auf die Besprechungen mit Goerdeler Bezug nimmt, sie befindet sich auf Seite 134. Da heißt es wörtlich, hier führte Weinberger damals aus:

„Es ist sicher richtig, daß auch Nationen von dem Raume geprägt werden, in den sie gestellt wurden, und daß Berge und Täler, klimatische und andere äußere Umstände auf ihr Wesen Einfluß bekommen. Weit mehr aber als das alles bildet jedes Volk der Geist und damit also auch eine Erziehung, die einmal

Dr. Hurdes

zum Guten und ein anderes Mal ins Gegenteil führen kann. Hier in Österreich hat alles zum Ausgleich, alles zum Verstehen und zur Verständigung, alles zum Schönen und damit alles auch zum Guten gedrängt und geführt. Wenn die Österreicher eine Nation sind, dann keine des Blutes, aber eine solche besten menschlichen Geistes!“

Zu all dem, zu diesem Wandel, den ich hier mit diesen Stellen kurz darstellen wollte, kommt ja die weitere Entwicklung in Österreich. Gestehen wir es doch: Österreich hat seine Chancen seit 1945 und durch die Leute, die sich in solchen Gefahren exponiert haben, genützt. Österreich hat sich mühsam um seinen Wiederaufbau bemüht, trotz Besatzung und aller Schwierigkeiten, die uns bekannt sind. Und vergessen wir doch nicht, wie diese gemeinsame Arbeit aus Not und Elend unser österreichisches Volk zu wirklichen Österreichern zusammengeführt hat! *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Auch der Staatsvertrag war eine solche österreichische Leistung. Wir pflegen gerne die großen Männer zu nennen, die sich darum bemüht haben und die ihn erreicht haben. Aber vergessen wir auch wieder nicht — und das ist für das österreichische Nationalbewußtsein von so großer Bedeutung —: Die Erringung des Staatsvertrages war eine Leistung des ganzen österreichischen Volkes. Bis ins letzte Dorf hinein, das besetzt war, hat der Bürgermeister mit seinen Leuten eine vernünftige österreichische Politik gemacht, damit wir dort, wo wir in der Welt Vertrauen finden mußten, dieses Vertrauen auch gefunden haben. Eine österreichische Leistung! *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Die Neutralitätserklärung vom 26. Oktober 1955 — morgen vor zehn Jahren hier beschlossen — entspricht doch, und diesbezüglich kann ich auf das verweisen, was der Herr Bundeskanzler namens der Regierung erklärt hat, dem Wesen des Österreichers, der österreichischen Entwicklung, der geographischen Lage und besonders auch der historischen Entwicklung unseres Österreichs. Wenn wir dies so betonen und hervorstreichen, wollen wir niemals vergessen, daß wir als Österreicher auch am Nationalfeiertag niemals einem einseitigen Nationalismus huldigen wollen, der so viel Unglück über die Menschheit gebracht hat. Wir sind mit unserem österreichischen Nationalbewußtsein für die Freiheit, für die Unabhängigkeit und für die Einheit dieses Landes.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch zwei kurze Stellen verlesen, die so typisch das darstellen, was wir mit unserer österreichischen Neutralität und mit unserem

österreichischen Nationalbewußtsein wollen. Eine Stelle aus der Regierungserklärung des Kabinetts Raab II, also nicht aus einer Erklärung von Raab, sondern der Regierung. In dieser Regierungserklärung, die am 4. Juli 1956 hier abgegeben wurde, heißt es wörtlich:

„In unserem Land war neben dem Einfluß der deutschen Kultur ebenso der des romanischen Raumes fühlbar, welcher besonders in der Baukunst spürbar ist. Und italienische Meister schufen gerade auf österreichischem Boden unsterbliche Werke. Und als dritte große Komponente unseres Volkscharakters ist der slawische — sowohl der nord- wie der südslawische — Einfluß in unserem Lande zu verzeichnen. Österreich liegt somit als einziger europäischer Staat im Schnittpunkt der drei großen Kulturräume, deren Einflüsse sich immer geltend machten und auch heute noch spürbar sind.“

„Die Auswirkungen dieser drei Kulturkreise, die den alten Kontinent und seine Menschen beherrschen, haben den Österreicher geformt und haben unserem Vaterland die große Aufgabe zugewiesen, ausgleichender Faktor zu sein. Das österreichische Volk kann stolz sein auf seine Geschichte, auf seine Leistungen in der Vergangenheit, aber auch auf die Aufgaben, welche ihm die Zukunft setzt. Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgaben ist es, daß wir in heißer Liebe zu unserer Heimat stehen und ihre Freiheit und Unabhängigkeit erhalten. Wir erfüllen ... damit unsere große Aufgabe als Europäer in und für Europa!“

Noch ein paar Zeilen aus der letzten Rundfunkrede Leopold Figls am Ostersonntag. Schon vom Tod gezeichnet, sagte er in dieser bekannten Rundfunkrede unter anderem:

„Die Zeit des Hungerns und der Entbehrung war auch eine Zeit des Aufbruches einer jungen, vielgeprüften Nation zur demokratischen Selbstbesinnung und Zusammenarbeit. Daran sollen wir uns nicht nur am 27. April und am 15. Mai erinnern, sondern zu jeder Stunde, in der die Gefahr droht, daß dieser bewährte Weg wieder verlassen werden könnte.“

Ich glaube, wenn man sich diese Dinge vor Augen hält, dann muß man die Initiative begrüßen, die aus einem großen Teil unserer Bevölkerung hervorgegangen ist, die meinte, dieses Vaterland müßte doch einen Nationalfeiertag haben.

Besonders drängend war auf diesem Gebiet das Österreichische Nationalinstitut, dessen Verdienste ich in diesem Zusammenhang hervorheben möchte. Dort wurde in einer großen Enquete, bei der die verschiedensten großen

Dr. Hurdes

Organisationen vertreten waren, aber vernünftigerweise auch Abgeordnete — für die Sozialistische Partei Herr Präsident Dr. Neugebauer, für die Österreichische Volkspartei ich —, besprochen, welche Möglichkeiten es gibt. Wir waren davon beeindruckt, wie diese Leute dort auf der breitesten Grundlage, von allen Seiten her, gesagt haben: Jetzt feiert dieses Österreich das 20. Jahr seines Bestehens, es wäre eine Schmach, wenn es nicht möglich wäre, wenigstens noch zu Ende dieses zweiten Jahrzehntes einen österreichischen Nationalfeiertag einzuführen!

Präsident Dr. Neugebauer und ich haben etwas Unvorsichtiges getan, etwas, was Politiker nicht tun sollen. Als wir diese Bewegung dort gesehen haben und davon erfaßt wurden, haben wir beide versprochen, daß wir uns in den Regierungsparteien dafür einsetzen werden, daß Österreich zu seinem österreichischen Nationalfeiertag kommt. Es freut mich, daß wir beide unser Versprechen heute einlösen können. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Ich weiß schon, daß es noch alle möglichen Einwände gibt, aber ich möchte Ihnen sagen: Als gelernter Österreicher müßte man sich wundern, wenn es anders wäre. Ich habe etwas Ähnliches schon einmal erlebt. Als ich Unterrichtsminister war, ging die große Debatte darum, was mit der österreichischen Bundeshymne ist. Ich müßte ein Büchel schreiben oder viel Zeit haben, um Ihnen zu erzählen, was da alles war. Wir haben dann den Mut gehabt, eine Lösung zu finden, die schließlich von allen bejaht wurde, und darauf kommt es in einer Demokratie an: nicht einseitig, stur, jeder nur auf seinem Standpunkt zu verbleiben, sondern dort, wo es nicht um Grundsätze geht, konstruktiv eine Lösung zu finden, der alle zustimmen können! *(Lebhafter Beifall bei ÖVP und SPÖ.)* Wir haben also auf den Mozart und auf die Preradović gegriffen. Ich muß Ihnen sagen: Mir geht es immer an das Herz. Alle Prophezeiungen, daß aus dieser Hymne nichts wird, sind falsch gewesen. Es gibt heute keine Veranstaltung — natürlich haben die Schüler mittlerweile die Bundeshymne gelernt —, auf der nicht die breitesten Volksschichten aufstehen und unsere Bundeshymne mit Begeisterung und Selbstverständlichkeit mitsingen. Heute kann es nicht mehr vorkommen, daß bei einem großen Match im Stadion ein bedeutender Funktionär und öffentlich Beauftragter sitzenbleibt, wenn die Bundeshymne gesungen und gespielt wird.

Ich glaube also, daß wir froh sein sollen, daß sich das österreichische Volk und die Vertreter des österreichischen Volkes nun dazu entschließen, das Gesetz über den österreichischen Nationalfeiertag zu beschließen.

Die Österreichische Volkspartei wird dafür stimmen. Obwohl es manchmal gefährlich ist, zu prophezeien, möchte ich zum Abschluß sagen: Auch der österreichische Nationalfeiertag wird so populär werden wie die österreichische Bundeshymne. Es lebe der österreichische Nationalfeiertag! *(Starker Beifall bei der ÖVP. und Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Migsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Migsch** (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Es ist gut, daß diese Legislaturperiode an ihrem Ende die Einführung eines Nationalfeiertages beschließt. Es ist richtig, eine solche Institution nicht aus Emotionen heraus zu schaffen, sondern in dieser Situation den Gang und den Geist der österreichischen Geschichte zu beschwören. Kollege Hurdes hat es getan, und ich danke ihm dafür. Ein Nationalfeiertag läßt sich nicht auf dem Zeichenbrett eines Technikers konstruieren. Er kann nur aus dem Herzen, aus dem Denken und Fühlen eines Volkes entspringen. Allerdings sehen wir die Geschichte in manchen Belangen anders.

Es ist richtig: Der 26. Oktober 1955 ist der Tag, zu dem alle Kräfte ja sagen. Fragt man allerdings, ob er der beste und der am glücklichsten gewählte Tag war, ob er in Übereinstimmung mit dem geschichtlichen Erleben Österreichs steht, dann erweist sich schon eine der Halbheiten, die diesem Gesetz anhaften; eine zweite ist der Mangel des echten Feiertages.

Bei der Debatte, welcher Tag eigentlich der große Tag der österreichischen Schicksalsgemeinschaft ist, haben wir Sozialisten selbstverständlich den Geburtstag der Republik, den 12. November 1918, vertreten. Das Jahr 1918 kann man gewiß so und so sehen. Für die einen mag es die Erinnerung an den Zusammenbruch eines großen Reiches sein, und die anderen sehen die Notwendigkeit, die drei Millionen österreichischen Familien, die als geschichtlicher Rest übriggeblieben waren, die niemals in einem Staate als Einheit organisiert waren, zu einem Staatswesen zu integrieren. Man mag der Vergangenheit nachweinen, man kann den Notwendigkeiten der Zukunft entsprechen. Wir Sozialisten, die damaligen Sozialdemokraten waren der Meinung — im übrigen damals auch die Christlich-soziale Partei —, daß man der Gegenwart entsprechen müsse. So ist der 12. November 1918 der Staatsfeiertag gewesen, solange die Erste Republik bestanden hat: der Tag der Republik.

In dem Gedanken und in der Idee der Republik hat sich die Notwendigkeit manifestiert, das Schicksal dieser drei Millionen

Dr. Migsch

österreichischen Familien aus eigener Kraft zu gestalten. Daß die Republik im österreichischen Raume am 12. November 1918 geboren wurde, gehört zu den geschichtlichen Tatsachen der österreichischen Entwicklung. Wir Sozialisten waren der Meinung, daß ein Nationalfeiertag naturgemäß auch das unabdingbare und ohne jeden Vorbehalt sich manifestierende Bekenntnis zur Idee der Republik auszudrücken hätte.

Das erscheint mir umso notwendiger, als ich glaube, daß noch manche Vergangenheit zu bewältigen ist, Vergangenheit, wie sie leider noch in unsere Tage hereinspielt. Aber ich möchte diese Stunde nicht mit solchen Ausführungen belasten.

Es erscheint mir merkwürdig, daß ein großer österreichischer Verlag in dieser Zeit, da wir einen österreichischen Nationalfeiertag beschließen, ein Buch anlässlich des 50. Geburtstages des Herrn Otto Habsburg herausgibt und die österreichische Öffentlichkeit, darunter auch mich, zur Subskription einlädt. Ich begreife nicht, daß der Geburtstag jenes Mannes gefeiert werden muß, der in den schwersten Schicksalsstunden der österreichischen Menschen — 1944 und 1945 — uns nur Verlegenheit bereitet hat und uns auch heute noch Verlegenheit bereitet.

Ein mutiges Bekenntnis zur Idee der Republik wäre nach unserer Überzeugung auch notwendig gewesen, weil ein Verfassungsauftrag, nämlich die Pflicht des Hauptausschusses, zu prüfen, ob das Rückkehrgesuch Otto Habsburgs den politischen Interessen der Republik entspricht, noch immer unerledigt und unerfüllt ist. Die Republik Österreich, das ist das neue Österreich; und wir sollten diese Quelle seines Werdens niemals verleugnen.

Kollege Hurdes hat mit Recht darauf verwiesen, daß der neue Staat, die neue Gesellschaft, das Österreich von heute in den Kerkern und in den Gefängnissen mit Blut und Tränen, mit Opfer und Tod geboren ward. Hier entstand eine echte Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes. Hier wurde nicht mehr gefragt: Wer bist du? (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!*) Ein Vorarlberger, ein Steirer, ein Tiroler, ein Wiener, ein Roter, ein Schwarzer, ein Angestellter, ein Arbeiter, ein Bauer, ein Selbständiger? Hier wurde nur mehr gefragt: Bist du Österreicher? Hier wurde die österreichische Idee geboren.

Aber, meine Damen und Herren, wiederum eine geschichtliche Wahrheit, zu der wir stehen sollten und stehen mußten. Was war denn das Neue dieser Situation? Das Neue dieser Situation lag nicht in dem gewiß ungeheuer bedeutungsvollen Abschluß des Staatsvertrages

oder in dem Beschluß des Nationalrates vom 26. Oktober 1955 der immerwährenden Neutralität. Ich freue mich, daß Kollege Hurdes auf die Zeit vor dem 27. April 1945 verwiesen hat: In dieser Zeit sprang Österreich über den Schatten seiner Geschichte. Und das ist das Eigenartige und das Große dieser Tage.

Österreich liegt — und das ist vielleicht für uns alle das Entscheidende — an der Grenze zweier Welten. Österreich hat in den 130 Jahren vom Ende der Napoleonischen Kriege bis zu jenen des zweiten Weltkrieges weit mehr böse als gute Zeiten, weit mehr Schlappen, Niederlagen und Zusammenbrüche als Erfolge und Triumphe erlebt. Auf dem Wege von der stärksten europäischen Feudal- und Königsmacht des europäischen Kontinentes bis zum ohnmächtigen Kleinstaat gab es vier große Kriege mit schweren militärischen und politischen Niederlagen, darunter zwei bedingungslose Kapitulationen, es gab drei Revolutionen, einen Staatsstreich, zwei Putschversuche, vier Inflationen, zwei große Wirtschaftskrisen und zwei totale Zusammenbrüche der Wirtschaft. Dreimal besetzten fremde Armeen österreichisches Gebiet. Regelmäßig kamen sie als „Befreier“, nur 1918 nicht.

In diesem, vom Schicksal gezogenen und anscheinend unüberspringbaren Rahmen haben fünf Generationen österreichischer Familien gelebt, gearbeitet, geliebt, gelitten, geblutet und für sich ein wenig Lebensglück erhofft. Weder die Habsburg-Monarchie noch die Erste Republik haben diesen Rahmen der Geschichte zu überspringen vermocht, denn Österreich — das, was heute Österreich ist — lag, liegt und wird immer liegen im Schnittpunkt mehrerer Welten. Es hatte in der Vergangenheit die Last der Grenze zu tragen, und es trägt sie heute. Auch die nahe Zukunft wird ihm diese Bürde niemals abnehmen. Aber damit ist unsere Situation gekennzeichnet.

Die Österreicher haben im Laufe ihrer Geschichte stets nur für fremde Interessen geblutet, gekämpft und gerungen. Einmal war es das Großmachtinteresse einer Dynastie, dann waren es die Rettungsversuche des Abendlandes, dann wieder einmal waren es die Ehre und die Größe einer anderen Nation. 1945 haben zum ersten Male die Österreicher ihre Sache auf sich gestellt und auf sonst nichts mehr. Daraus ist diese Schicksalsgemeinschaft gewachsen, das Erleben unseres Staates, das Erleben unserer Gemeinschaft, die Staatswerdung und auch die Volkswerdung vollzogen worden.

Wenn wir all das so sehen, so hätte eigentlich der natürliche, aus unserer Geschichte entspringende Nationalfeiertag rund um den 27. April 1945 festgesetzt werden sollen. Ich

Dr. Migsch

gebe allerdings zu, daß hier die Ereignisse in den österreichischen Bundesländern verschieden waren. Der Tag, an dem die Österreicher zugegriffen haben, zugepackt haben in diesen Trümmern, um Österreich zu formen, war in den einzelnen Bundesländern, ja in den einzelnen Gegenden verschieden. Aber, meine Damen und Herren, kommt es auf einen historischen Tag oder kommt es auf eine historische Situation an?

Wir hätten einen Tag zwischen dem 27. April und dem 8. Mai als Nationalfeiertag zu wählen gehabt. Wir hätten ihn wählen sollen und müssen, weil wir es für falsch erachten, daß die Heldenzeit des österreichischen Volkes von 1945 bis 1955 so einfach weggewischt wird, wie es durch die Wahl eines Tages aus dem Jahre 1955 praktisch erfolgt.

Österreich ist nicht am 15. Mai 1955, auch nicht am 26. Oktober 1955 entstanden, Österreich — und hier stimme ich aus vollem Herzen Kollegen Hurdes zu — ist in den schicksalsschweren Tagen der Jahre 1944 und 1945 entstanden! Die Erinnerung an diese Heldenzeit hätte man wohl lebendig erhalten müssen; schon deshalb, weil es auch hier in unserem Lande Kräfte gibt, die an dem, was sich damals ereignet hat, kein gutes Haar lassen. Ich bekenne offen: Damals sind jene großen Impulse entstanden, die heute noch lebendig und wirksam sind, jene Impulse, die zum Beispiel noch immer die große Mehrheit des österreichischen Volkes empfinden lassen, daß die Zusammenarbeit der beiden großen politischen Parteien in diesem Staate das beste politische System für Österreich darstellt. Diese Impulse sind noch heute lebendig. (*Abg. Dr. van Tongel: Das haben wir gerade vor drei Tagen gesehen!*)

Aber demgegenüber gab es Kräfte in der jungen Generation der Österreichischen Volkspartei, die an den Männern von 1945 kein gutes Haar ließen. Und es gab eine Zeit sogar in diesem Hause, wo der Begriff der „Männer von 1945“ verächtlich gemacht wurde.

Ich darf Ihnen eine Äußerung zitieren. Ich habe niemals gelesen, daß die maßgebenden Männer der jungen Generation der Österreichischen Volkspartei jener Meinung entgegengetreten wären, die sich Dr. Weigand unter dem Pseudonym „Friedrich Abendroth“ in dem theoretischen Organ der CDU „Die politische Meinung“ im Juli 1963 geleistet hat. Er schreibt dort:

„Die Republik der Kameraden, die sich 1945 vor dem wiedererstandenen Staat durch die Parteien etablierte, bildet ein Wurzelgeflecht, das das gesamte Erdreich so zäh und dauerhaft durchzieht, daß auch ihr die Krisen der letzten Wochen nichts anhaben konnten.

Die verstohlenen Händedrucke der Überdauerer, das weinselige Anlächeln jener Dauerminister und Abgeordneten, die sich seit zwei Jahrzehnten in die Pfründe teilen ...“

Dieser Mann war Redakteur der „Österreichischen Monatshefte“. (*Ruf bei der ÖVP: War!*)

Ich will heute an dieser Stelle das Bekenntnis zu jenen Männern der Österreichischen Volkspartei ablegen, die 1945 am Werke waren. Ich habe die Überzeugung, daß der geschichtliche Geist, der nachwirkt, nicht nur in unserer Zeit, sondern nachwirken soll über lange Generationen hinaus, damals von diesen Männern geprägt wurde. Und dazu gehört auch Dr. Hurdes, dazu gehört Prinke, und dazu gehören alle jene, die seither aus unseren Reihen geschieden und von uns gegangen sind.

Meine Damen und Herren! Damals wurde ein Lebensgesetz für Österreich geboren, das — wovon ich überzeugt bin — weit über alle Zeiten hinaus für viele Generationen richtig und gut ist, ein Lebensgesetz, in dem nicht nur das Bekenntnis zur Unabhängigkeit, das Bekenntnis zur Freiheit, das Bekenntnis zur Neutralität und das Bekenntnis zur Sicherheit der Österreichischen Republik unabdingbar sind.

In den Heldentagen von 1945 hat das österreichische Volk den Schatten seiner Vergangenheit übersprungen und sich frei gemacht — zum erstenmal in seiner Geschichte. Österreich und die Österreicher müssen nicht mehr fremden Interessen dienen, weder dem Ruhm und der Größe eines Herrschergeschlechtes noch der Verteidigung einer anderen Nation. Sie haben die Chance erhalten, für sich selbst, für ihre eigene Entfaltung zu leben. Und ein solcher Tag, der ein Gedenktag sein soll, hätte wohl das Recht verdient, ein Feiertag zu sein.

Und hier haben wir die zweite Halbheit dieses Gesetzes: Wir wollen keinen Honoratiorentag, an dem die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Radio und im Fernsehen Erklärungen abgeben, der Lehrer in der Schule unterweist, öffentliche Angestellte ihr Amt schließen und nach Hause gehen, aber die große Mehrheit der Arbeiter und Angestellten in Industrie und Gewerbe, die Gewerbetreibenden ihre Geschäfte nicht schließen können, sondern die Zuhörer sind, die eventuell nur fünf Minuten einer Radio- oder Fernsehrede zuhören dürfen. Das ist nicht gut, und so kann es auch nicht bleiben. Wir Sozialisten sind daher der Überzeugung, daß es eine der ersten Handlungen des neuen Nationalrates sein muß, dem 26. Oktober

4836

Nationalrat X. GP. — 89. Sitzung — 25. Oktober 1965

Dr. Migsch

echten Feiertagscharakter zu geben. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Wir Älteren — die Generation, die abtritt — haben nach diesem Lebensgesetz Österreichs, wie ich es zuvor dargestellt habe, gewirkt und gestrebt. Wir wollen in dem Gedanken des Nationalfeiertages diese österreichische Idee der Jugend als Vermächtnis übergeben. Die jungen Österreicher mögen diese Idee in ihren Herzen und Gehirnen bewahren, damit sie ihr Leben in Freiheit und Freude aus eigener Kraft und Vorstellung gestalten können. Die demokratische Republik Österreich, ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit, ihre Neutralität und ihre Sicherheit soll die Schicksalsgemeinschaft vieler österreichischer Generationen bleiben. Daran soll der Nationalfeiertag die Jugend Österreichs der kommenden Jahrzehnte stets erinnern und im Willen und im Werk vereinen.

Wir Sozialisten werden alles, was in unseren Kräften steht, dazu beitragen, um diesen einmal gewählten Tag zu einem echten Feiertag des österreichischen Volkes zu machen, der nicht auf dem Papier konstruiert ist, sondern aus dem Herzen und aus dem Denken Österreichs erwächst. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. van Tongel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die freiheitlichen Abgeordneten werden der in Beratung stehenden Vorlage ihre Zustimmung geben. Wir sind allerdings der Meinung, daß einige Begleitumstände bei der Beschlußfassung über einen Staatsfeiertag nicht der Würde bei dieser Absicht entsprochen haben. So ist es zum Beispiel unsere Meinung, daß dieser Feiertag nicht unbedingt einer koalitionären Einigung zwischen Bundeskanzler und Vizekanzler seine Entstehung hätte verdanken sollen; sondern daß man so, wie die frühere Regierung es beabsichtigt hat, im Einvernehmen aller Parteien des Hohen Nationalrates diese Angelegenheit hätte klären sollen. Aber was tut man? Wenn man in sechs Monaten keine andere koalitionäre Einigung erzielen kann, dann einigt man sich eben in Warmbad Villach wenigstens auf den 26. Oktober!

Wir hatten manche Wünsche, die wir im Verfassungsausschuß vorgebracht haben. Wir wären der Meinung gewesen, daß sich im Herzen der Bevölkerung und aus historischen Gründen vielleicht andere Tage anbieten würden. Wir haben auch seinerzeit einmal in einer Budgetdebatte den Antrag gestellt, den Entstehungstag der Republik Österreich,

nämlich den 12. November, als Staatsfeiertag zu bestimmen. Wir waren der Meinung, daß man unter Umständen durchaus den Tag der wirklichen Befreiung Österreichs, also den 15. Mai 1955, als Feiertag hätte ansetzen können. Aber die Mehrheit des Hauses hat sich für den 26. Oktober entschieden, und wir haben keinen Anlaß, jetzt hier diese Anträge zu erneuern.

Wir waren auch der Meinung, daß die Begründung in der Präambel primo loco auf die Erlangung der vollen Souveränität am 26. Oktober 1955 durch den Abzug der Besatzungstruppen hätte abgestellt werden sollen. Auch hier waren Sie der Meinung, es sollte beim Text der Regierungsvorlage bleiben.

Der frühere Herr Unterrichtsminister Doktor Drimmel hat in einem Ministerkomitee, dem die Klubobmänner beigezogen waren, am 14. Feber 1964, als wir dort sehr eingehend und sehr sachlich über dieses ganze Thema debattiert haben, ein Wort geprägt, das jetzt Herr Kollege Migsch vor mir zitiert hat, nämlich die Tatsache, daß ein Feiertag, der kein echter Feiertag ist und der nur in Form staatlicher Feiern oder von Schulfeiern abgehalten wird, ein sogenannter Honorationsfeiertag ist. Wir wollen dem Herrn Minister Dr. Drimmel das Erstgeburtsrecht auf diese Formulierung lassen. Er hat absolut recht. Das ist eine dürre Konstruktion. Nach dem Sprachgebrauch der deutschen Sprache — nicht etwa nach der „Unterrichtssprache“ — heißt „Feiertag“ „feiern“, das heißt: Werkruhe halten, nicht arbeiten und diesen Tag auch bezahlt bekommen.

Wir sind folgender Meinung: Wenn man diesen Feiertag tatsächlich geschaffen hat, dann soll man ihn auch zu einem echten Feiertag machen, man soll aber dafür einen anderen einsparen. Österreich hat genügend andere Feiertage, es könnte auf einen anderen verzichten. Ansonsten würden manche Deklamationen, die wir jetzt hier gehört haben, Sinn, Inhalt und Bedeutung verlieren, es würde nur eine österreichische Kompromißlösung sein, wie wir es ja auch gehört haben.

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole: Wir werden für die Vorlage stimmen. Es ist aber höchst bedauerlich, daß zwei Tage vor dem Termin, an dem wir jetzt hier und nach uns der Bundesrat diesen Feiertag beschließen, Österreich in eine politische Krise gestürzt wurde, die im Widerspruch steht zu vielem, was wir vorhin gehört haben.

Wenn nämlich ein Gefühl der Zusammenarbeit — ein Wort, das man ununterbrochen hört — bestehen würde, dann hätte es doch möglich sein müssen, eine andere Form der Budgetkrise zu finden als die, die uns vor-

Dr. van Tongel

exerziert wurde. Wir haben heute hier im ersten Teil der Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers eine Regierungserklärung zu diesem Gegenstand gehört. Der Herr Bundeskanzler hat gleich beigefügt, es sei nicht der Zeitpunkt und der Ort, darüber zu reden. Meine Damen und Herren! Ich frage: Wo denn ist der Ort, an dem in Österreich ein so bedeutsames Ereignis wie das Versagen der Koalitionsregierung bei der Erstellung des Budgets erörtert werden soll? Wo soll man denn reden? Sollen nur Vizekanzler und Bundeskanzler im Rundfunk und im Fernsehen gegenseitig Parteipolemik loslassen? Soll die Volksvertretung völlig ausgeschaltet werden? Soll das alte Spiel (*Abg. Mayr: Zur Sache!*), schon zum wiederholten Male, hier abgespielt werden, daß, wenn die Regierung versagt und kein Budget zustande bringt, nicht die Regierung abzutreten, sondern der Nationalrat zu verschwinden hat? Etwas, was jedem demokratischen Gedanken ins Gesicht schlägt.

Weit darüber hinaus hat sich eine Reihe höchst bedenklicher verfassungsrechtlicher Umstände aus diesem Anlaß ergeben, die man doch einer näheren Beleuchtung unterziehen muß. Es kann nicht angehen, meine Damen und Herren, daß die Volksvertretung, das Parlament dann schweigt, wenn Geist und Inhalt unserer Bundesverfassung so extensiv, um mich sehr vorsichtig auszudrücken, interpretiert werden, wie es in den letzten drei Tagen geschehen ist.

Meine Damen und Herren! Die Analogie zum Jahre 1952, die mir ein maßgebender Herr einer Regierungspartei entgegengehalten hat, stimmt nicht! Im Jahre 1952 war dieselbe Budgetsituation gegeben wie heuer.

Präsident: Herr Abgeordneter! Sie entfernen sich vom Thema. Ich mache Sie darauf aufmerksam.

Abgeordneter Dr. van Tongel: Ich finde, daß es notwendig ist, hier das zu sagen. Wir werden ja sehen, wie weit ich damit komme. (*Heiterkeit. — Abg. Dr. Hurdes: Ist das eine Aufforderung an den Präsidenten?*) Der Herr Präsident wird vielleicht doch gestatten, daß diese, wie heute ein Redner mit Genugtuung gesagt hat, im Sterben liegende Volksvertretung — mit Genugtuung hat das einer gesagt — vielleicht doch noch zu den wirklichen Problemen und nicht zu Deklamationen Stellung nimmt. Im Jahre 1952...

Präsident: Herr Abgeordneter! Ich hatte ja die gute Absicht, wie ich Ihnen das heute vormittag gesagt habe. Aber durch Ihren eigenen Antrag, der abgelehnt wurde, bin ich in meiner Bewegungsfreiheit etwas behindert worden. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Abgeordneter Dr. van Tongel: Sie brauchen gar nicht zu lachen, Herr Mayr; es ist sehr traurig, wenn ein Volksvertreter darüber lacht, daß bei einer solchen Causa einem Volksvertreter ein Maulkorb umgehängt werden soll. (*Abg. Zeillinger: Das ist ein sehr ernstes Problem, Herr Präsident!*) Ich darf mich, Herr Präsident, obwohl es nicht üblich ist, jetzt an Sie wenden. (*Abg. Dr. Kos: Wenn ihr nicht zu feig wäret, ließe ihr darüber reden! Aber ihr seid zu feig dazu! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident: Ich habe Ihnen ja das Wort nicht entzogen, sondern Sie darauf aufmerksam gemacht, zum Thema zu sprechen. (*Abg. Zeillinger: Sie haben mir gesagt, man soll nicht provozieren! Aber jetzt provozieren Sie diese Zwischenrufe! Das ist viel zu ernst!*)

Für diesen Vorwurf der Provokation erteile ich Ihnen den Ordnungsruf. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Abgeordneter Dr. van Tongel (*fortsetzend*): Ich möchte meinem Kollegen Zeillinger sagen, daß ich nicht den Eindruck habe, daß der Herr Präsident provoziert hat. Die (*zur ÖVP gewendet*) provozieren von selber, die brauchen den Herrn Präsidenten nicht. Aber, Herr Präsident, Sie haben mich persönlich apostrophiert. Ich darf folgendes sagen:

Es ist richtig, daß ich Ihnen heute früh angekündigt habe, daß ich zum Gegenstand Staatsfeiertag auch diese Punkte noch besprechen werde. Aber ich wurde überrascht. In der Präsidialsitzung hat uns Kollege Hurdes mitgeteilt, daß der Herr Bundeskanzler eine Erklärung zum Nationalfeiertag abgeben wird. (*Ruf bei der ÖVP: Hat er auch!*) Der Herr Bundeskanzler hat im ersten Teil — und ich hoffe, daß Sie das bis jetzt behalten haben — ausdrücklich zur Regierungskrise und zur Budgetkrise gesprochen. (*Abg. Dr. Hurdes: Man darf doch eine Einleitung gebrauchen!*) Moment, wenn er darüber spricht, dann muß auch im Hause darüber geredet werden können. Herr Präsident, das ist eine neue Situation!

Die Opposition dieses Hauses hat sich, als im Jahre 1960 eine ähnliche Lage gegeben war und unser früherer Klubkollege Dr. Kandutsch den Antrag gestellt hatte, hier eine Debatte über diese Causa zu eröffnen, und dazu nicht fünf Minuten sprach, da er dazu gar nicht reden konnte, weil das in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist, die Kritik der gesamten Presse zugezogen. Das Parlament habe zu einer verfassungsrechtlich bedenklichen Lage geschwiegen. Sogar die Opposition habe geschwiegen. Ich mußte mir in Wien Vorträge namhafter Rechtslehrer, die jetzt allerdings auf der anderen Seite stehen, darüber anhören, daß das Parlament versagt hat. Als heute der Herr Bundeskanzler im

Dr. van Tongel

ersten Teil seiner Ausführungen über die Krise sprach, mußten wir, meine Damen und Herren, den Antrag stellen, darüber eine Debatte zu eröffnen.

Ich kehre zum Thema zurück. Am 28. Oktober 1952 hat der damalige Bundeskanzler Figl dem Nationalrat mitgeteilt, daß die Regierung über seinen Vorschlag zurückgetreten ist, der Herr Bundespräsident seine Entscheidung darüber aufgeschoben, aber nach einigen Tagen den Herrn Bundeskanzler Dr. Figl mit der Neubildung einer Regierung betraut habe. Bundeskanzler Figl hat darüber am 28. Oktober 1952 eine Regierungserklärung abgegeben, und niemand Geringerer als der verstorbene hochverdiente Herr Alt-bundeskanzler Raab hat sich von seinem Platz erhoben — Sie können das alles nachlesen, ich habe die Protokolle hier — und den Antrag gestellt, über diese Erklärung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Figl zwei Tage später die Debatte zu eröffnen. Diese fand auch statt und ging anstandslos über die Bühne. Es war aber auch — und nun komme ich zum verfassungsrechtlichen Teil — damals nicht jene bedenkliche Lösung gewählt worden, die diesmal gewählt wurde.

Ich habe eine amtliche Verlautbarung in der amtlichen „Wiener Zeitung“ aus der Präsidentschaftskanzlei vor mir. In ihr heißt es unter anderem:

„Bundespräsident Jonas empfing gestern“ — also am Samstag — „um 10 Uhr in seinen Amtsräumen in der Burg Bundeskanzler Doktor Klaus, der ihm berichtete, daß der Minister-rat in seiner außerordentlichen Sitzung vom 22. Oktober 1965 beschlossen habe, das Staatsoberhaupt zu ersuchen, die gesamte Bundesregierung vom Amte zu entheben.“

Das entspricht jenem uns durch das Radio mitgeteilten Bundesregierungsbeschluß vom 22. Oktober, 22.20 Uhr. Die Verlautbarung fährt fort:

„Der Bundespräsident teilte dem Bundeskanzler mit, daß er dem Ersuchen des Minister-rats entsprechen werde.“

Genauso war es im Jahre 1952. Nun kommt schon das erste Novum, es steht hier:

„Der Bundeskanzler ersuchte hierauf den Bundespräsidenten, die Mitglieder der scheidenden Bundesregierung mit der Fortführung der Geschäfte zu betrauen.“

Das ist ein absolutes Novum. Bisher pflegten in demokratischen Staaten die Staatsoberhäupter von sich aus eine scheidende Regierung zwar zu entheben, aber sie bis zur Neubildung einer anderen Regierung interimistisch mit der Fortführung der Geschäfte zu betrauen, damit eine Staatsverwaltung da ist. Hier hat erst-

mals die scheidende Regierung, die zuerst kühn beschlossen hat, aus dem Amte zu scheiden, sicherheitshalber gleich selbst den Herrn Bundespräsidenten ersucht, er möge sie mit der Fortführung der Geschäfte betrauen. Es geht weiter:

„Der Bundespräsident kam, diesem Ersuchen entsprechend, mit dem Bundeskanzler überein“ — das ist auch eine etwas ungewöhnliche Fassung —, „daß die Angelobung der mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Mitglieder der Bundesregierung und der in der gleichen Eigenschaft wieder zu ernennenden Staatssekretäre am Montag, dem 25. d., um 12 Uhr mittag in der Präsidentschaftskanzlei erfolgen soll.“

Wir haben heute durch eine Zuschrift des Herrn Bundeskanzlers erfahren, daß diese Angelobung tatsächlich stattgefunden hat, allerdings fehlt in der Zuschrift des Herrn Bundeskanzlers ein entscheidendes Wort, es wurde nämlich das Wort „einstweilig“ aus dem Wortlaut des Artikels 71 der Bundesverfassung ausgelassen. Ich weiß nicht, ob das Absicht ist, aber es fiel mir auf.

Der Artikel 71 der Bundesverfassung lautet: „Ist die Bundesregierung aus dem Amte geschieden“ — ich habe Ihnen gerade vorgelesen, das ist der Fall —, „hat der Bundespräsident bis zur Bildung der neuen Bundesregierung Mitglieder der scheidenden Regierung oder höhere Beamte der Bundesämter mit der Fortführung der Verwaltung und einen von ihnen mit dem Vorsitz in der einstweiligen Bundesregierung zu betrauen.“ Zu allem Überfluß steht hier noch der Satz: „Diese Bestimmung wird sinngemäß angewendet, wenn einzelne Mitglieder aus der Bundesregierung ausgeschieden sind.“

Im Kommentar heißt es unter den Gründen für das Ausscheiden der Bundesregierung: „1. Enthebung durch den Bundespräsidenten infolge freiwilliger Demission“. Auch das liegt hier vor.

Meine Damen und Herren! Die ganze Fassung des Artikels 71 hebt den interimistischen Charakter einer solchen einstweiligen Fortführung hervor. Aber was geschieht hier, in diesem Staat? In diesem Staat soll in der nächsten oder in der übernächsten Woche — Genaues weiß man noch nicht — ein Auflösungsbeschluß des Nationalrates der X. Gesetzgebungsperiode erfolgen. Genau weiß man auch nicht, wann der Wahltag ist, aber man hört hinter den Kulissen raunen, es werde im März oder im April sein.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter, ich rufe Sie das erste Mal zur Sache!

Abgeordneter Dr. van Tongel (fortsetzend): 30 Tage nach diesem noch in der Ferne schwebenden Wahltag tritt der neue Nationalrat zusammen. Gebrannte Kinder fürchten das Feuer ... (Abg. Grete Rehor, den Saal verlassend: *Wie kommt man dazu, sich immer von ihm examinieren zu lassen!*) Sie können ruhig hinausgehen, Frau Rehor, das macht mir persönlich gar nichts.

Wenn das wieder so lange dauert wie vom November 1962 bis zum April 1963, also fünf Monate — und kein Anzeichen ist dafür vorhanden, daß die Koalition sich in dieser Beziehung bessern wollte, könnte oder dürfte —, wenn es wieder fünf Monate dauert, dann sind es vom Mai noch fünf Monate oder auch sieben Monate, genau weiß ich es ja nicht, und es wird vielleicht erst nach dem Sommer 1966 zur Bildung einer neuen Regierung kommen — vielleicht auch nicht. Bis dahin ist die gegenwärtige Regierung Dr. Klaus — Dr. Pittermann mit der „einstweiligen“ Fortführung der Geschäfte betraut. (Abg. Dr. Withalm: *Interimistisch!*)

Meine Damen und Herren! Das kann unmöglich so sein, das ist auch nie der Inhalt der Verfassung. Ich darf Ihnen daher am Schluß meiner Ausführungen sagen: Im Jahr 1952 hat man es korrekt gemacht. Warum man es heuer nicht korrekt gemacht hat, ist mir völlig, ganz und gar unerfindlich. — So, jetzt kann die Frau Rehor wieder hereinkommen. (Beifall bei der FPÖ. — Abg. Mitterer: *Zum Nationalfeiertag haben Sie nichts zu sagen?*)

Präsident: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Kindl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Kindl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem entgegen der Ankündigung der Herr Präsident meinen Vorredner sehr großzügig behandelt hat, glaube ich nicht, daß ich in die Gefahr komme, daß mir das Wort entzogen wird oder daß ich eine Ermahnung bekomme. (Abg. Altenburger: *Das kommt darauf an!*)

Die Stellungnahmen der beiden Koalitionssprecher zur heutigen Vorlage enthalten sehr interessante geschichtliche Betrachtungen. Aber, obwohl man sich die Hände gibt und von „völligem Einverständnis“ spricht, werden bereits gegen Bücher, die die eine Seite verfaßt hat, von der anderen Seite Einwände gemacht, es wird gesagt: Ganz stimmt es nicht, wie das geschrieben wurde! — so wie Herr Dr. Hurdes es getan hat. Er hat bezüglich seiner Person heute in einem Werk des verstorbenen Bundespräsidenten eine Richtstellung vorgenommen. (Abg. Dr. Hurdes:

In einer konkreten Tatsache!) Herr Dr. Hurdes, hier geht es um etwas ganz Prinzipielles, und wenn man das erlebt, wird man skeptisch. Ich höre Ihnen so gerne zu, Herr Dr. Hurdes, auch dem Herrn Abgeordneten Dr. Migsch. Aber wenn dann im Grundsätzlichen eine Seite die andere anzweifelt, dann kann man — auch wenn man sich noch so sehr Mühe gibt — diesen Betrachtungen nicht restlos Glauben schenken. (Abg. Dr. Hurdes: *Das habe ich von Ihnen auch nicht erwartet! — Heiterkeit.*)

Herr Dr. Hurdes! Ich habe Ihnen zugehört, Sie haben diese Frage heute hier aufgerollt und die grundsätzliche Feststellung, die in dem Buch des verstorbenen Bundespräsidenten getroffen wird, angezweifelt. (Abg. Dr. Hurdes: *Bezüglich einer Tatsache!*) Aber heute kann keine Erwiderung mehr erfolgen. Im Buch steht es jedenfalls, und jeder Österreicher, der das liest, Herr Dr. Hurdes, steht vor der Wahl, den geschriebenen Worten des Herrn Bundespräsidenten Glauben zu schenken oder Ihrer heutigen Richtstellung. Ich weiß wirklich nicht, was ich jetzt glauben soll. (Abg. Dr. Hurdes: *Wir waren nie so gleichgeschaltet, daß wir alles gefressen haben!*)

Herr Dr. Hurdes! Die junge Generation Österreichs, wenn sie heute wirklich zuhört, wird erkennen, daß Sie mit dem großen Bekenntnis zu Österreich bereits wieder den Samen des Zweifels gesät haben. (Abg. Dr. Hurdes: *Davon wollen Sie heute anscheinend leben!*) Nein, Herr Dr. Hurdes! Aber Sie sind das nicht mehr anders gewöhnt: Sie regieren immer zusammen und treffen dann gegenteilige Feststellungen. Ein kleines Beispiel:

Die Eingangsworte des Herrn Bundeskanzlers waren so verschieden von der Kanzlerrede am Samstag, 23. Oktober, 19 Uhr, von den Darstellungen in der Sendung des Herrn Bundeskanzlers — nicht des Herrn Parteibobannes Dr. Klaus! Der Herr Bundeskanzler hat eine Darstellung über das Scheitern der Budgetverhandlungen gegeben, die wesentlich anders war als seine heutige Rede. Wieder setzen Sie Zweifel ...

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich muß den Herrn Redner zum ersten Mal zur Sache rufen!

Abgeordneter Kindl (fortsetzend): Darf der Herr Bundeskanzler in der Sendung des Bundeskanzlers parteipolitisch reden? Lassen Sie von der SPÖ sich das gefallen? (Abg. Dr. Hurdes: *Huß! Huß!*) Er hat klar und deutlich gesagt: Sie, die linke Seite, seien schuld, Sie führten Österreich einem dauernden Krisenzustand zu. Heute, weil zur Linken und zur Rechten die sozialistischen Regierungsmit-

Kindl

gliedern sitzen, heute hat er das weit zäher behandelt.

Warum erwähne ich das? Um Ihnen zu zeigen, wie Sie alle systematisch Zweifel aufbauen. Was wird denn morgen in Österreich sein? (*Abg. Altenburger: Ein schöner Tag!*) Kollege Altenburger, Sie sind doch Vertreter der Arbeitnehmer. Ich wurde vergangenen Freitag in meinem Betrieb gefragt: Wie wird denn der Betrieb erstmalig diesen großen Nationalfeiertag feiern? Haben die vom Herrn Bundeskanzler zitierten Einrichtungen, die Gewerkschaften, die Kammern überhaupt wenigstens angedeutet, wie die arbeitende Bevölkerung, ob Bauer, Gewerbetreibender, Arbeiter oder Angestellter in den Betrieben, wie sie alle morgen feiern sollen?

Sie können die heutige Vorlage von mir aus „Nationaltag“, „Staatstag“, „Krisentag“, „Koalitionstag“ nennen, aber „Feiertag“ — nein! Das ist wirklich eine Verbiegung der deutschen Sprache. Ich weiß nicht, Herr Dr. Hurdes, ob Sie an dieser Verbiegung maßgeblich beteiligt waren. Aber seien wir doch ehrlich, erinnern wir uns an das, was Herr Dr. Migsch hier leise angezeigt hat. Herr Dr. Kleiner, Sie sind ja auch Vertreter der arbeitenden Menschen. Ich glaube nicht, daß die morgen begeistert sein werden, wenn wirklich nur die, die diesen Staat verwalten, feiern, während die, die täglich zur Erhaltung dieses Staates schaffen müssen, sich Gedanken machen müssen, weil sie nicht einmal einen kleinen Funken davon abbekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abgesehen von allem Zweifelhafte, machen Sie noch folgendes: Sie führen einen alle einigenden Staatsfeiertag ein — Sie nennen ihn Nationalfeiertag —, und dabei kündigen Sie schon an, daß er erst auf Raten geschaffen wird; ich meine Raten, nicht Ratten. (*Abg. Dr. Hurdes: Gut Ding braucht Weile!*) Auf Raten wird also ein Feiertag geschaffen. Herr Dr. Hurdes! Wenn man etwas Großes schaffen will, das das Gefühl der Bevölkerung ansprechen soll, wie man angekündigt hat, dabei aber sagt: Wir wollen zwar den echten Feiertag, aber derzeit ist es noch nicht möglich, ihr werdet ihn schon einmal kriegen!, dann ist das praktisch schon halb passé. (*Abg. Dr. Hurdes: Wie war es mit der Bundeshymne?*) Aber in Zukunft wird es nicht mehr darum gehen, zu feiern, erhebend zu feiern, der Kampf ab der Beschlußfassung wird darum gehen, diesen Tag zu einem Tag der Arbeitsruhe zu machen.

Ich weiß nicht, Herr Dr. Hurdes, ob Sie mitbekommen, was ich sage. (*Heiterkeit. — Abg. Dr. Hurdes: Es ist nicht leicht!*) Herr Doktor Hurdes, ich frage Sie, ob Sie diesen Unter-

schied kennen: nur Arbeitsruhe zu haben oder etwas echt zu feiern. Ich weiß nicht, ob Sie diesen Unterschied machen. Für mich gilt er, und für Millionen Österreicher gilt dieser Unterschied auch. Man kämpft um einen arbeitsfreien Samstag, man kämpft um die Fünftagewoche, man versucht, die Arbeitszeit zu verkürzen. Aber das alles kann doch nicht das sein, was wir wollen: einen Feiertag zu schaffen, den man mit einem erhebenden Gefühl begeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie belieben nach dieser großen Tat darüber zu witzeln. Aber was glauben Sie, wie auf diese theoretischen Erklärungen morgen die -zigtausend Katastrophengeschädigten reagieren werden! Glauben Sie denn wirklich, daß es genügt, wenn hier die beiden Häuser zusammentreten, wenn verschiedene Verwaltungseinrichtungen morgen Gemeinschaftsempfang machen, aber über dieses brennende Problem überhaupt nichts gesagt wird? Ich meine eben, Staatsbewußtsein muß mehr praktiziert werden. (*Abg. Dr. Hurdes: Sie sind ja auch dafür, daß wir es heute beschließen!*) Der einzelne muß spüren, daß der Begriff „Staat“ nicht über den Wolken schwebt, sondern daß im Ernstfall die Vertreter des Staates auch in der Lage sind, einzugreifen.

Oder glauben Sie, Frau Kollegin Solar — wenn ich Sie Kollegin nennen darf —, daß es allein genügt, ein Frauenkomitee zu gründen (*Abg. Lola Solar: Das habe ich nicht gegründet!*) und Spenden zu verlangen? Wissen Sie, wie die Leute draußen darüber reden? Wenn der Staat in der Klemme sitzt, wenn er ein Problem, das er von sich aus zu lösen hätte, nicht lösen kann, dann wird gebettelt. Und glauben Sie, daß es gerade das Richtige ist, wenn die Kärntner, die Südsteirer, die Niederösterreicher sich wie almosenhaischend vorkommen müssen, wie vor einigen Jahrzehnten — Dr. Migsch hat leise darauf angespielt —, als man Klostersuppen ausgeteilt und Mäzen gespielt hat? Glauben Sie, daß es für diese Bevölkerung, wenn sie täglich über den Rundfunk hört: Spendet, spendet, spendet! Tut etwas für unsere armen Mitbrüder!, sehr erhebend ist? Wenn ich betroffen wäre und jetzt, ganz grob gesprochen, darauf warten müßte, bis mir jemand eine Decke, einen Polster oder einen Herd spendiert, opfert, dann würde mich das sehr bedrücken. Sie gehen also an den Problemen schon sehr vorbei, und Sie tun alles, um Zweifel zu setzen.

Was glauben Sie, wie erhebend: Morgen soll alles gerühmt werden — die glorreiche Zusammenarbeit, die Koalition. Zwei Tage vorher wurde aber verkündet, daß die Koalition gar nicht mehr so glorreich regiert. Sie haben alle Taten gesetzt, um im Vorhinein diesen Feiertag auf Raten bereits ad absurdum zu führen.

Kindl

(*Abg. Dr. Hurdes: Zerschlagen Sie sich nicht den Kopf über das, was morgen die Redner sagen werden; das werden Sie ja hören! — Abg. Zeillinger, zu Abg. Dr. Hurdes: Sie haben sich noch nie den Kopf zerbrochen! — Abg. Dr. Hurdes: Deshalb habe ich noch einen ganzen Kopf und Sie schon einen angeschlagenen! Mein Kopf hat noch kein Loch! — Abg. Zeillinger: Ihr seid diejenigen, die anderen den Schädel einhauen wollen!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Das Wort hat der Redner!

Abgeordneter **Kindl** (fortsetzend): Ich möchte also zusammenfassen: In dem Augenblick, wo die Bundesregierung ihre Regierungsunfähigkeit erklärt, in dem Zeitpunkt, wo man nach monatelangem Schachern über die Hilfsmaßnahmen für die Katastrophengeschädigten zu keinen Ergebnissen gekommen ist, in einem Zeitpunkt, wo es nirgends mehr reicht, machen Sie einen Staatsfeiertag auf Raten! Ich sage es Ihnen ganz offen: Als verantwortungsbewußter Abgeordneter müßte man zu diesem Ratengeschäft nein sagen. (*Abg. Dr. Hurdes: Sie werden aber zustimmen! Bravo! Das freut mich! — Abg. Dr. Kos: Hoffentlich kommt auch ins Protokoll, daß Sie geklatscht haben!*) Ja! Ich sage Ihnen aber auch, warum. Weil Sie, Herr Dr. Hurdes, und Ihre Gesinnungsfreunde in der Lage sind, unsere richtige Stellungnahme durch den Machtapparat, den Sie in der Hand haben, in das Gegenteil umzukehren. Bei einer berechtigten Kritik an diesem Problem würden Sie unser Bekenntnis zu Österreich in Zweifel ziehen. Wir kennen doch Ihre Giftmühlen, die Sie haben. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Hurdes: Nur wenn man Ihre Zeitungen liest, glaubt man nicht an Giftmühlen!*) Das ist der Grund, Herr Dr. Hurdes. Über den Termin wurde bereits in der Koalition geschachert und angeführt, daß es doch nicht etwas Echtes ist. Ein Geschäft auf Raten müßte man eigentlich ablehnen. (*Abg. Dr. Hurdes: Bei Ihnen ist das ein Geschäft, bei uns nicht!*) Man müßte es ablehnen, sehr geehrter Herr Dr. Hurdes. Aber ich weiß genau, was Ihre Giftmühlen dann schreiben würden.

Präsident: Den Ausdruck „Giftmühlen“ muß ich beanstanden.

Abgeordneter **Kindl** (abschließend): Weil wir diesen österreichischen Staat bejahen, sind wir verpflichtet, hier die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm. (*Ironischer Beifall und Zwischenrufe.*)

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Ich weiß nicht, ob ich es als Zustimmung auffassen soll, wenn eine solche Bewegung entsteht, wenn ich

mich zum Wort melde. Es ist aber nicht allein meine sensible Veranlagung, die mich veranlaßt hat, mich auf Grund des Ordnungsrufes des Herrn Präsidenten zum Wort zu melden, sondern es geschieht auf Grund der Umstände, welche die ganze Debatte begleitet haben. Daß ein ehemaliger Minister zugegeben hat, daß er sich noch nie den Kopf zerbrochen hat, ist dabei nicht ausschlaggebend. (*Abg. Dr. Hurdes: Er ist nicht zerbrochen so wie Ihrer!*) Ich habe gesagt, Herr Kollege, Sie haben sich nicht den Kopf zerbrochen, darum haben Sie noch den Ihren. Ich nehme es gerne zur Kenntnis. Ich habe nie daran gezweifelt, Herr Kollege. (*Abg. Dr. Hurdes: Ihrer ist zerbrochen! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Es ist heute im Zuge der Diskussion des Gesetzes über den österreichischen Nationalfeiertag der ungewöhnliche Fall eingetreten, daß zum erstenmal der Herr Bundeskanzler die Berichterstattung übernommen hat. Auf Grund einer Wortmeldung aus den Bänken der Opposition hat dies der Herr Präsident wiederholt zum Anlaß genommen, zu sagen, er hätte ja sehr gerne eine Diskussion darüber zugelassen, aber die Mehrheit des Hauses, Sie, meine Damen und Herren, waren es, die das abgelehnt haben. Heute lächeln Sie darüber. Aber vielleicht wird eine Ihrer Fraktionen es einmal sehr bedauern, daß der Herr Präsident heute einen solchen Schritt gesetzt hat. Denn Ihnen kann man genauso eines Tages damit den Mund stopfen, wenn Sie etwas sagen oder eine Meinung äußern sollten, die der Regierung unangenehm ist.

Bei Behandlung eines Gesetzes über die Feiertagsruhe gilt genauso die Geschäftsordnung wie bei jedem anderen Gesetz. Diese Geschäftsordnung, Herr Präsident — oh, Verzeihung, es tut mir sehr leid, daß ich jetzt zu einem Präsidenten reden muß, der nicht einmal meine Wortmeldung provoziert hat. (*Ruf bei der ÖVP: Er kommt schon! — Heiterkeit.*) Danke, Herr Präsident. Ich möchte nur sagen, ich habe das Wort „Provokation“ deswegen nicht als Beleidigung empfunden, weil Sie es mir gegenüber schon einmal angewandt haben, und ich nehme nicht an, daß Sie mich als Abgeordneten beleidigen wollten. Ebenso wenig wollte ich Sie als Präsident beleidigen. (*Abg. Dr. Maleta: Also machen wir im Zeichen des Nationalfeiertages einen Schlußstrich! — Heiterkeit.*) Herr Präsident, wir haben in diesem Hause vom Schlußstrich schon soviel gehört, daß ich bald nicht mehr daran glaube.

Ich darf aber doch meine Auffassung klarlegen. Es heißt im § 45 der Geschäftsordnung: „Die Generaldebatte wird vom Berichterstatter eröffnet.“ Nur der § 45 beschäftigt sich

Zeillinger

mit den Sitzungen des Nationalrates. Der vom Herrn Präsidenten Maleta zitierte § 31 steht im Kapitel über die Ausschlußberatungen, und dort heißt es natürlich, daß sich Regierungsmitglieder und interessanterweise auch die Beamten jederzeit zum Wort melden können und gehört werden müssen, aber nicht „jederzeit“, sondern „gehört werden müssen“. Das hieße aber, wenn wir die Praxis des Herrn Präsidenten Maleta fortsetzen würden, daß jeder Ministerialrat — ich schätze die Beamten sehr! — sich zu jeder Zeit hier im Hause zum Wort melden und eine Erklärung abgeben kann, denn das steht, Herr Präsident, im § 31. Ich darf Ihnen das vorlesen. (*Abg. Dr. Maleta: So elastisch bin ich in der Geschäftsführung nicht!*) Herr Präsident! Sie dürfen nicht böse sein, wenn die Opposition etwas Bedenken wegen der Elastizität in dieser Demokratie hat. Wir haben Verfassungs- und Geschäftsordnungsbestimmungen, damit sie eingehalten und nicht elastisch ausgelegt werden.

§ 31 lautet:

„Die Mitglieder der Bundesregierung sowie die von ihnen entsendeten Vertreter“ — das sind die Beamten — „sind berechtigt, an allen Beratungen des Nationalrates sowie der Ausschüsse teilzunehmen, jedoch an solchen Beratungen des Hauptausschusses des Nationalrates, die nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes grundsätzlich nicht öffentlich sind, nur auf besondere Einladung. Sie müssen auf ihr Verlangen jedesmal gehört werden ...“ Jedesmal, aber nicht jederzeit! Wenn jedesmal gehört werden muß, dann könnte sich auch der Herr Ministerialrat Huber oder der Herr Sektionsrat Maier zum Wort melden, bevor der Berichterstatter spricht, und sagen: Ich möchte jetzt eine Erklärung abgeben!, wenn Ihre Auslegung richtig ist.

Das steht aber im Kapitel Ausschüsse. Im Kapitel Sitzungen des Nationalrates heißt es: „Die Generaldebatte wird vom Berichterstatter eröffnet.“ Ich glaube, darüber bestand 20 Jahre lang ... (*Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege! Das ist doch der Fall gewesen! Die Generaldebatte ist durch den Bericht des Berichtstatters eröffnet worden!*) Herr Kollege! Sie waren offenbar nicht anwesend, denn der Herr Präsident hat, nachdem er erklärte: Wir kommen nun zum einzigen Punkt der Tagesordnung, das Wort hat der Herr Bundeskanzler!, die Meinung vertreten, daß er damit praktisch an Stelle des Berichtstatters sprechen kann. (*Abg. Dr. Withalm: Dann der Berichtstatter und nach dem Berichtstatter die Generaldebatte!*) Nein, Herr Kollege, das bestreiten wir sehr energisch, und ich darf vom Standpunkt der Freiheitlichen aus ohne weiteres sagen, daß wir das als gegen die Geschäfts-

ordnung ansehen. (*Abg. Dr. Withalm: Das ist Ihre Meinung!*) Auch die SPÖ hat heute der Ansicht des Herrn Vorsitzenden sehr gerne zugestimmt, weil sie grundsätzlich gegen alles ist, was von uns Freiheitlichen kommt. Ich hoffe nur im Interesse unserer Demokratie, daß Sie diese Kontraststimme niemals bereuen werden! Diese Haltung, diese Auslegung der Geschäftsordnung kann Ihnen allen den Mund stopfen. Lesen Sie die Geschäftsordnung durch, und dann überlegen Sie sich das einmal, ob Ihre Stimme gegen den Standpunkt der Freiheitlichen vom Standpunkt des Rechtes, unserer Geschäftsordnung und vor allem der Demokratie vertretbar war.

Die Situation haben Sie ja erlebt: Der Herr Bundeskanzler kommt ins Parlament, das ihm doch übergeordnet ist, er gibt hier eine Erklärung ab, und wir Abgeordneten können nun auf Grund Ihres Mehrheitsbeschlusses zu dieser Erklärung nicht mehr Stellung nehmen. Das heißt, der Bundeskanzler kann uns ins Gesicht sagen, was er will, wir haben nur zu kuschen und dürfen dazu nicht mehr reden. Und wenn einer darauf zu sprechen beginnt, dann läutet der Präsident und gibt ihm die erste Verwarnung, weil er nicht dazu zu sprechen hat. (*Abg. Mitterer: Höchstens Sie müssen kuschen! Wir müssen nicht kuschen!*) Herr Kollege! Sie brauchen deswegen nicht zu kuschen, weil Sie schweigen, weil Sie sich gar nicht zum Wort melden, weil Sie sich alles gefallen lassen in diesem Staate. (*Abg. Mitterer: Das hat gerade mir noch keiner gesagt! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Kos: Höchste Zeit, daß es Ihnen gesagt worden ist!*) Mit Ihnen von der Regierungsfraktion kann doch die Regierung machen, was sie will, Sie heben grundsätzlich die Hand und sagen zu allem ja, was die Regierung vorschlägt! (*Abg. Mitterer: Das hat mir noch keiner gesagt! — Abg. Dr. Hurdes: Was die Freiheitlichen vorbringen, das ist etwas ganz Neues!*) Wenn man mich so provoziert! Die Bundesregierung hat keinen besonderen Schutz, und wenn sie sich einmal in das Parlament begibt und hier eine Erklärung abgibt, so ist es doch eine demokratische Selbstverständlichkeit, daß dazu von den Fraktionen eine Stellung bezogen werden kann.

Wir haben heute über das zur Diskussion stehende Bundesgesetz über den österreichischen Nationalfeiertag sehr viel gehört, vor allem einmal, daß es ein Feiertag aller Österreicher werden soll. Aber, meine Damen und Herren, Sie von der Koalition haben alles getan, um von vornherein wieder einen Teil der Österreicher auszuschalten. (*Abg. Doktor Hurdes: Es werden ja alle dafür stimmen!*)

Zeillinger

Herr Kollege, was heißt: alle? Zusammenreden ist ein Prinzip der Demokratie, und es tut mir leid, Herr Kollege Hurdes, daß ich Ihnen jetzt eine Vorlesung über Demokratie halten muß! (*Abg. Dr. Hurdes: Den Ton zum Zusammenreden finden Sie nicht!*) Es ist nicht Demokratie, wenn Sie, Hurdes, sich mit dem sehr verehrten Herrn Präsidenten Neubauer zusammensetzen. (*Abg. Dr. Neugebauer: Neugebauer!*) Entschuldigen Sie, das „ge“ habe ich in der Hitze des Redeflusses vergessen. Ich gebe jede Erklärung ab, daß ich in diesem Fall nichts unterschlagen wollte. (*Heiterkeit.*) Es ist aber nicht Demokratie oder Einigung aller Österreicher, wenn Sie sich mit der SPÖ zusammensetzen oder die SPÖ mit Ihnen oder, wie es nämlich in Wirklichkeit war, in der Regierung der Herr Kanzler und der Herr Vizekanzler sich in einer Pause, wo sie sich zwischen zwei Rundfunksendungen nicht befetzen, zusammensetzen und über etwas einigen, sondern Demokratie ist, wenn zumindest die in diesem Hause vertretenen Parteien darüber unbeeinflusst beraten und beschließen. Dieser Standpunkt ist hier vollkommen abhandeln gekommen. Sie glauben, es ist Demokratie, wenn Herr Dr. Klaus mit Herrn Dr. Pittermann etwas vereinbart; Sie brauchen nach dem Koalitionsvertrag, ohne zu schauen, was es ist, nur die Hand zu heben, und wir Freiheitlichen haben es zur Kenntnis zu nehmen. Herr Kollege, das ist nicht Demokratie! (*Abg. Dr. Hurdes: Sie wissen gar nicht, was ich glaube!*) O ja, Herr Kollege, durch Ihre andauernden Zwischenrufe vermitteln Sie mir Ihren Aberglauben, und ich gehe eben auf den Glauben, den Sie hier vertreten, ein. (*Abg. Dr. Hurdes: Sie glauben zu wissen, was ich glaube!*) Ich glaube, daß diese Auffassung von Demokratie, die Sie vertreten, vielleicht einmal im Jahre 1945 aktuell gewesen ist, ich darf Ihnen aber ehrlich sagen, es ist nicht jene Demokratie, die ich mir für Österreich als den Idealzustand vorstelle. (*Abg. Dr. Hurdes: Das Volk entscheidet immer in der Mehrheit!*) Ich darf Ihnen sagen, daß ich mit jeder Faser meines Herzens die Demokratie, wie Sie sie hier vertreten, bekämpfen werde, um für eine echte Demokratie im Interesse unseres Vaterlandes... (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Hurdes: Kämpfen Sie nur, Sie werden weiter solche „Erfolge“ erleben wie in Innsbruck!*) Sie machen mir jetzt einen Zwischenruf wegen Innsbruck. Da jetzt gerade ein Sozialist Präsident ist, darf ich Ihnen vielleicht auf Ihren Zwischenruf mit Innsbruck antworten. (*Abg. Dr. Hurdes: Und Tirol!*) Das ist doch der Grund, warum Sie jetzt Neuwahlen anstreben, weil die Volkspartei übermütig ge-

worden ist (*Abg. Dr. Hurdes: Wir reden jetzt davon, daß Sie immer weniger werden!*), weil Sie sagen: Wir stehen vor der Erringung der absoluten Mehrheit, endlich können wir allein in Österreich machen, was wir wollen. Meine Herren von der sozialistischen Seite! Sie werden Ihre Haltung in den letzten Wochen noch bereuen, daß Sie diese übermütige ÖVP... (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Hurdes: Der große Prophet! — Anhaltende Zwischenrufe.*) Sie finden das alles lächerlich, aber es geht dieser Partei darum, die absolute Mehrheit in diesem Staate zu erringen. Das ist allein das Problem, das ist das Problem, das Tirol aufgeworfen hat. (*Abg. Hartl: Eine Schande, so zu reden!*) Ich sehe es als meine Aufgabe an, alles zu tun, um die absolute Mehrheit jeder Partei in diesem Staate zu bekämpfen. (*Abg. Hartl: Das ist euer Nationalbekenntnis!*) Herr Kollege! Ein Hartl aus Wien braucht einem Zeillinger keine Belehrung über das Nationalbekenntnis zu geben. Ich bin jederzeit bereit, vor ein Ehrengericht zu treten, um zu prüfen, wer von uns beiden ein besserer Österreicher ist. Nicht das Schimpfen und das Beflegeln allein macht es aus. Ich bezweifle so lange nicht Ihr Österreichertum, als Sie meines nicht anrühren. (*Abg. Doktor Hurdes: Tun Sie lieber prophezeien, das ist unterhaltsamer!*) Herr Kollege! Ich prophezeie nicht, aber wenn Sie wollen, prophezeie ich Ihnen eines: daß eines Tages auch in Ihrer Partei eine jüngere Generation den Geist, den Sie vertreten, überwinden wird, und dann wird es in solchen Fragen wie dem Nationalfeiertag zu einer Zusammenarbeit aller Parteien, auch mit der Opposition, kommen. Es wäre der ÖVP und der SPÖ kein Stein aus der Krone gefallen, wenn sie in der Frage des Nationalfeiertages einmal die demokratische Form der Zusammenarbeit mit allen Parteien gewählt hätten, um das Problem einer Lösung zuzuführen.

Ich habe heute mit Erstaunen gehört, daß Sie von der sozialistischen Seite — ich muß mich jetzt wieder einmal mit Ihnen beschäftigen (*Heiterkeit*) — den 12. November angestrebt hätten. Ich bin sehr erstaunt, das zu hören, denn Sie wissen, daß wir Freiheitlichen mit diesem Vorschlag durchaus einverstanden waren, und in diesem Haus war jederzeit eine Mehrheit vorhanden. Waren Sie nicht bereit, für Ihren eigenen Vorschlag einzutreten? (*Abg. Soronics: Das wäre nicht der Feiertag aller Österreicher gewesen!*) Das soll also heißen, daß Sie den 12. November grundsätzlich ablehnen, weil er der Tag der Gründung der Republik ist! Das war die Stimme eines ÖVPlers, ich brauche gar nicht zu wissen, wer es gewesen ist. Ich habe aber nichts ande-

Zeillinger

res von Ihnen erwartet, da Sie den 12. November grundsätzlich ablehnen! (*Abg. Doktor Kos: Ein Staatssekretär! Schämen soll man sich dafür! — Abg. Dr. van Tongel: Die Christlichsoziale Partei war in diesem Punkt gescheiter! — Abg. Altenburger: Aber die Wahlen kommen doch erst!*)

Darf ich dazu etwas sagen: Ich gehöre auch zu jenen, die am Samstag die „Stimme des Bundeskanzlers“ — nicht des ÖVP-Obmannes! — gehört haben. Ich habe, Herr Bundeskanzler, schon lange keine so hitzige, fast möchte ich sagen hetzartige Wahlrede gehört wie die „Stimme des Bundeskanzlers“ am vergangenen Samstag. Wir sind schon mitten im Wahlkampf, nicht erst durch das Schilling-Plakat, sondern durch die Rede, die der Herr Bundeskanzler gehalten hat, in der er seine Funktion als Kanzler dazu mißbraucht hat, eine Wahlrede zu halten. (*Abg. Doktor Hurdes: Ich glaube, da sind Kanzler und Vizekanzler ziemlich gleich! — Lebhaftes Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*)

Herr Kollege Hurdes, ich würde mich nicht scheuen, dies auch zu sagen, wenn der Herr Vizekanzler am nächsten Samstag eine ähnliche Hetzrede zu halten beabsichtigt. Ich würde ihm ebenfalls sagen, daß eine Hetzrede nicht die Stimme des Vizekanzlers, sondern des SPÖ-Parteibömannes zu sein hat! (*Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe bei der FPÖ und der ÖVP. — Abg. Mayr: Die eigenen Leute lassen Sie nicht reden! — Zwischenrufe des Abg. Altenburger.*) Ich sehe, der Kollege Altenburger macht sich bemerkbar. Herr Kollege! Wir haben uns gestern in Salzburg gesehen, wenn ich Sie auch nur aus der Ferne gesehen habe. (*Abg. Dr. Hurdes: Es ist ein Grundsatz, den eigenen Redner reden zu lassen!*) Herr Kollege, warum sagen Sie das zur ÖVP-Fraktion, zum Altenburger? (*Abg. Doktor Hurdes: Sie sind ja nicht der eigene Redner!*) Ach so, Sie meinen, der Altenburger darf mich unterbrechen! (*Abg. Dr. Hurdes: Ja, er darf!*) Da der Altenburger mich laut Hurdes, der es ihm als Klubobmann erlaubt, unterbrechen darf, will ich mich auch mit Ihnen beschäftigen. (*Abg. Dr. Hurdes: Er tut es ja gar nicht!*) O doch, er redet schon die ganze Zeit auf mich her. Es wäre ja auch sonst nur eine halbe Rede, wenn der Kollege Altenburger sich nicht dazu äußern würde.

Kollege Altenburger! Gestern waren wir beide in Salzburg bei einer Tagung der Arbeitnehmer. (*Abg. Altenburger: Da waren Sie viel ruhiger! — Heiterkeit.*) Dort waren Sie auch nicht so laut, Herr Kollege. Man würde nämlich den Kollegen Altenburger, würde man ihn nicht kennen, in Gewerkschaftskreisen gar nicht wiedererkennen. (*Heiterkeit.*) Aber er

war es, aber er war es, dem Gesicht nach war er es. (*Zwischenruf des Abg. Altenburger.*)

Herr Kollege! Wir waren gestern beide innerhalb des Gewerkschaftsbundes bei einer Feier und ... (*Abg. Dr. J. Gruber: Was macht der Kollege Zeillinger beim Gewerkschaftsbund?*) Herr Kollege! Sie werden lachen: Ich habe eine Einladung bekommen, und zum Unterschied von Ihnen kenne ich kein Klassendenken. Wenn die Arbeitnehmer mich als Selbständigen zu einer Gewerkschaftstagung einladen, ist es für mich als Volksvertreter eine selbstverständliche Ehre, eine solche Einladung anzunehmen, und es wäre schön, wenn auch Sie als Arbeitnehmer es als Ehre ansehen würden, wenn Sie einmal die Selbständigen einladen. (*Abg. Dr. J. Gruber: Ich bin ohnehin dabei!*) Wenn Sie ohnehin dabei sind, dann ist es gut, aber dann brauchen Sie mich doch nicht zu fragen. Oder glauben Sie, daß der Gewerkschaftsbund nur für SPÖ oder ÖVP ist? Ich habe gestern sehr viel über die Überparteilichkeit des Gewerkschaftsbundes gehört, und ich glaube so lange daran, solange Sie hier nicht solche Zwischenrufe machen.

Kollege Altenburger! Sie beschließen heute einen Nationalfeiertag. (*Abg. Glaser: Wir!*) Wir! Ich darf es zuerst zu Kollegen Altenburger als Zwischenrufer sagen. (*Abg. Doktor Hurdes: Wir und Sie!*) Gleichzeitig aber beschließen wir Artikel II Abs. 2: Die gesetzlichen Bestimmungen über den Feiertag gelten in diesem Fall nicht. Das heißt: Wir beschließen einen Feiertag, aber er ist kein Feiertag. Und wieder bleibt es sich gleich.

Ein Politiker hat einen Satz gesagt, den ich hier wiederholen möchte: Ein Nationalfeiertag, der kein Feiertag ist, ist wie ein Betriebsausflug an einem Sonntag. Das ist grundrichtig, denn wo steht geschrieben, daß nur gewisse Kreise feiern dürfen? Die Nationalräte dürfen natürlich feiern, die haben das Recht dazu, die Bundesräte dürfen feiern. (*Abg. Dr. Withalm: Wir arbeiten ja morgen den ganzen Tag!*) Wir arbeiten nicht, wir kommen nur, um den Nationalfeiertag zu begehen, nach Wien. Die Nationalräte begehen den Feiertag, die Regierungsmitglieder begehen den Feiertag, die Schulen dürfen den Feiertag begehen, wie sie den „Tag der Fahne“ begehen durften, aber der Arbeiter, der arbeitende Mensch muß weiter im Betrieb tschochern, und dem wollen Sie jetzt einreden: „Lieber Freund! Heute arbeitest du an einem Nationalfeiertag! Genosse, arbeite schneller, heute geht es um die Nation!“ Nein, Kollege Altenburger! Wenn Sie überhaupt einen ehrlichen Nationalfeiertag für alle Österreicher machen wollten, dann müßten Sie den Tag auch arbeitsfrei machen.

Zeillinger

Meine Herren! Es spricht auch Sie von der sozialistischen Seite niemand davon frei, daß Sie sich sofort zurückgezogen haben und gesagt haben: Der Arbeiter soll arbeiten, Hauptsache ist, daß die Regierungsmitglieder feiern können. Du, Arbeiter, arbeite schneller, damit man die Untätigkeit der anderen weniger bemerkt! Das werden Sie vor Ihren eigenen Leuten vertreten müssen. *(Zwischenruf des Abg. Altenburger.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Meine Damen und Herren! Ich bitte, nicht immer zu unterbrechen, damit der Redner endlich seine Ausführungen zum Tagesordnungspunkt beenden kann. *(Heiterkeit. — Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. van Tongel: Er kann reden, solange er will!)*

Abgeordneter **Zeillinger** *(fortsetzend)*: Herr Präsident! Ich glaube, daß Sie nicht bezweifelt haben, daß ich zum Tagesordnungspunkt spreche. — Dann lag Ihre Betonung nur auf dem „endlich zu Ende“. Ich muß heute sagen, es ist schon merkwürdig, wie die Präsidenten des Hauses sich gegenüber der Opposition verhalten. Herr Präsident, ich muß sagen, ich hätte nicht geglaubt, daß ein Präsident des Hauses es wagen würde, auch wenn es nur ein Oppositioneller — ein Mensch zweiter Klasse ist — ...

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Wenn jemand hier das Recht hat, Sie zu malmen, dann bin ich es. Aber Ihnen steht dieses Recht mir gegenüber nicht zu! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bitte, in Ihren Ausführungen zur Tagesordnung fortzufahren.

Abgeordneter **Zeillinger** *(fortsetzend)*: Der Ton macht die Musik, Herr Präsident! *(Abg. Dr. Hurdes: Das merkt man bei Ihnen!)* Jawohl, Herr Kollege, auch bei Ihnen merkt man das. Wie Sie in den Wald hineinrufen, so rufe ich zurück. Ich sehe nicht ein, warum Sie können ... *(Abg. Dr. Hurdes: Der Ton ist eine schlechte Musik von Ihnen!)* Herr Kollege! Glauben Sie, daß Ihr Ton in meinem Ohr besser klingt? Ich habe Ihnen heute schon gesagt: Die Gedanken, die Sie zum Nationalfeiertag vertreten, sind nicht die meinen, und ich kann Ihnen ruhig sagen, daß wir uns unter dem Nationalfeiertag, den wir heute beschließen, etwas anderes vorstellen. *(Abg. Dr. Hurdes: Nun also!)* Jawohl, Herr Kollege! Wir wollen einen Nationalfeiertag, den alle Österreicher gleichermaßen begehen können, nicht nur die, die ... *(Abg. Dr. Hurdes: Bemühen Sie sich darum!)* Ja, Herr Kollege, bemühen Sie sich darum, bemühen Sie sich schon bei der Beschluß-

fassung darum, daß es ein Gesetz aller Parteien wird, und glauben Sie nicht, wir kommen ins Parlament, die Regierung bestimmt, und die Opposition hat zu schlucken. *(Abg. Dr. Hurdes: Ich glaube, das haben wir schon bewiesen!)* Hier haben Sie bereits den Geist der Demokratie das erstemal verraten. Es soll auch ein Nationalfeiertag werden, an dem der arbeitende Mensch dieselben Rechte hat wie die Regierung und die Abgeordneten.

Es ist das einzig Erfreuliche an diesem Tag, daß die Regierung Klaus-Pittermann endlich erklärt hat, zurückzutreten. Weniger erfreulich ist es, daß dieses Parlament praktisch daraufhin seine Auflösung zur Kenntnis nimmt, statt sofort herzugehen und zu sagen: Seien wir froh, daß jene Regierung, die doch seit Monaten versagt hat, nun endlich zurücktritt, und setzen wir eine neue Regierung ein! Statt dessen geht nun aber das Parlament nach Hause und beschließt, sich aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Es ist heute von irgend jemandem von einer echten Demokratie gesprochen worden. Herr Kollege, das ist nicht eine echte Demokratie. *(Abg. Dr. Hurdes: Sehr lieb, daß Sie mich immer ansprechen, aber ich habe eine andere Auffassung und muß leider warten, bis Sie fertig sind!)* Herr Kollege! Es ist sehr schön, wenn Sie sich noch einmal zu Wort melden, und ich freue mich, Ihre Auffassung näher kennenzulernen. *(Abg. Doktor Hurdes: Das werde ich nicht machen, weil ich zur Sache rede!)* Herr Kollege! Ich rede genauso zur Sache wie der Herr Bundeskanzler, und ich bilde mir ein, daß ich hier am Abgeordnetenpult dasselbe Recht habe wie der Herr Bundeskanzler. Im Rundfunk kann er reden, was er will. Das steht nur ihm zu und der Opposition nicht. Aber hier im Hause kann ich genauso sprechen wie der Bundeskanzler oder wie Sie und jeder andere Abgeordnete. *(Abg. Harwalik: Aber wir haben einen Nationalfeiertag und keinen Ressentimenttag! Ich würde bitten, auf die Würde des Anlasses Rücksicht zu nehmen!)* Jawohl! Die Würde des Anlasses wurde damit eingeleitet, daß die Regierung erklärte, daß sie zurücktritt.

Ich darf im Namen der Freiheitlichen dazu sagen: Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, daß diese Regierung endlich zurücktritt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall. Wir gelangen zur Abstimmung.

4846

Nationalrat X. GP. — 89. Sitzung — 25. Oktober 1965

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden. Sie wird voraussichtlich am Mittwoch, den 3. November 1965 stattfinden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 20 Minuten